

Milan Hlavačka

„DIE NAMEN MIT DEN ERFORDERNISSEN DER ZEIT  
IN EINKLANG BRINGEN“

Der Wandel der Toponyme in den böhmischen Ländern nach 1945

*Einleitung*

Die Änderung von Ortsnamen hat in den böhmischen Ländern eine lange Tradition,<sup>1</sup> doch erst mit der Gründung der Tschechoslowakischen Republik im Jahr 1918 erlangte sie staatliche Bedeutung. Die „Herkunft“ und das „Alter“ von Toponymen erhielten nun eine praktische politische Dimension und gewannen Einfluss auf die Gestaltung gesetzlicher Normen und topografischer Übersichten, die den Wortlaut von Orts- und Flurnamen festlegten. Infolge dieses Bedeutungszuwachses entstand in der Zwischenkriegszeit eine Reihe grundlegender toponomastischer Werke und Studien, die sowohl theoretische Fragen der Namenkunde als auch konkrete aktuelle toponomastische und etymologische Fälle diskutierten und darauf aufbauend die bevorzugte Benutzung der jeweiligen Orts- oder Flurnamen in der amtlichen Praxis und in offiziellen topografischen Lexika „wissenschaftlich“ zu begründen versuchten.<sup>2</sup>

Wissenschaftliches Interesse und staatliche Initiativen wurden von Forschungen von Laien und privaten Aktionen ergänzt – so ging z. B. das Standardwerk „Chytilův místopis Republiky československé“ (Chytils Topografie der Tschechoslowakischen Republik) auf eine private Initiative zurück.<sup>3</sup> Hinter diesem Boom der Toponomastik in der Zwischenkriegszeit verbarg sich vor allem das Anliegen zu klären, welcher nationalen Gruppe die Gebiete „eigentlich gehörten“, also wer sie als erster besiedelt hatte und wer Anspruch auf ihre offizielle Benennung erheben durfte. Auch aus diesem Grund stand die Beziehung zwischen der Besiedlung und der Entstehung der Eigennamen immer im Fokus der toponomastischen Forschung. So dachte man, den „ursprünglichen“ Eigentümer eines Ortes, einer Region oder eines Geländes feststellen zu können.<sup>4</sup> Während der gesamten zwanziger und dreißiger Jahre herrschte

<sup>1</sup> Pleskalová, Jana: Vývoj toponomastiky II [Die Entwicklung der Toponomastik II]. In: [www.phil.muni.cz/cest/lide/pleskalova/PV2B63\\_VyvTop2.rtf](http://www.phil.muni.cz/cest/lide/pleskalova/PV2B63_VyvTop2.rtf) (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>2</sup> Die Autoren dieser Studien waren Sprachwissenschaftler wie Václav Ertl, Václav Flajšhans, Oldřich Hujer, František Trávníček, Josef Zubatý, Bohumil Havránek, Jan Janko, Roman Jakobson, die vornehmlich in den Zeitschriften „Naše řeč“ (Unsere Sprache) und „Listy filologické“ (Philologische Blätter) publizierten.

<sup>3</sup> Vgl. Chytilův místopis republiky Československé. Za souhlasu ministerstva pošt a telekomunikací sestavil a svým nákladem vydal Alois Chytil [Chytils Topografie der Tschechoslowakischen Republik. Mit Zustimmung des Ministeriums für Post und Telekommunikation verfasst und herausgegeben von Alois Chytil]. Praha 1922.

<sup>4</sup> Auf tschechischer Seite war in diesem Zusammenhang vor allem das 1938 erschienene Werk von Josef Šimák wichtig, das auch großen Einfluss auf die (sudeten-)deutsche Historio-

zwischen der tschechischen und der sudetendeutschen Toponomastik eine Konkurrenz um die Interpretation des historischen und historiografischen Kontexts, etwa um die Frage nach den Anfängen der deutschsprachigen Besiedlung Böhmens. Im Zuge dieser Konkurrenz um eine wissenschaftlich fundierte Klärung nationaler Besitzansprüche auf lokaler und regionaler Ebene entstand eine große Zahl qualitativ hochstehender Ortsverzeichnisse. Zugleich wurde auch ein historisch-argumentatives Instrumentarium entwickelt, das in konkreten Fällen bei der Benennung und Umbenennung von Orten und Fluren für politische Zwecke missbraucht werden konnte.<sup>5</sup>

Das Ende des Zweiten Weltkrieges bedeutete auch für die Toponymie einen Einschnitt: Denn die Wiedergutmachung für die Schäden, die den böhmischen Ländern durch die deutsche Okkupation entstanden waren, sollte sich auch auf symbolischer Ebene vollziehen. Die Neu- oder Umbenennung von Orten, Straßen und Plätzen war eines der deutlich sichtbaren Instrumente, die Übermacht der einen ethnischen Gruppe über die andere – und damit den Sieg über die Deutschen – zu demonstrieren.

Ivan Lutterer, Leiter der onomastischen Abteilung am Institut für die Tschechische Sprache der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und international angesehener Sprachwissenschaftler,<sup>6</sup> brachte in seiner 1972 veröffentlichten Studie die offizielle Lesart der „Vollendung historischer Gerechtigkeit“ treffend zum Ausdruck. Hier schrieb er, dass „die zwölf Nachkriegsjahre von 1945 bis 1957 zu den heroischsten und arbeitsmäßig anstrengendsten seit der Gründung der Ortsnamenkommission gehörten. [...] Der kollektive Abschub der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei“, so Lutterer, „schuf optimale Bedingungen für eine grundsätzliche Korrektur unserer Ortsnamen, und das nicht

---

grafie auf diesem Gebiet hatte. In: *Šimák, Josef V.: Pronikání Němců do Čech kolonisačí ve 13. a 14. století* [Das Eindringen der Deutschen in die böhmischen Länder durch die Kolonisierung im 13. und 14. Jahrhundert]. Praha 1938.

<sup>5</sup> Für die böhmischen Länder seien vor allem genannt: *Seznam míst v Království českém* [Ortsverzeichnis des Königreiches Böhmen]. Praha 1907; *Seznam míst v Království českém: sestaven na základě úředních dat k rozkazu c. k. místodržitelství* [Ortsverzeichnis des Königreiches Böhmen: auf der Grundlage amtlicher Daten erstellt auf Weisung der k. k. Statthaltereij]. Praha 1913; *Chytil: Chytilův místopis* (vgl. Anm. 3). – *Chromec, Břetislav: Místopisný slovník Československé republiky* [Ortslexikon der Tschechoslowakischen Republik]. 2. ergänzte und erweiterte Aufl., Praha 1935 [1. Aufl. 1929]; *Die Orte und Ortsteile des Reichsgaues Sudetenland mit ihren zuständigen Gemeinden, Landräten, Amtsgerichten, Standesbeamten, römisch-katholischen und evangelischen Pfarrämtern*. Nach amtlichen Unterlagen zusammengestellt von Wilhelm Foerster, Teplitz-Schönau, Sacharbeiter bei der Regierung Aussig, Teplitz-Schönau 1943; *Pfobl, Ernst: Orientierungslexikon der Tschechoslowakischen Republik*. 3. Aufl. Reichenberg 1931.

<sup>6</sup> Ivan Lutterer (\*1929), Sprachwissenschaftler, ab 1952 Lektor, ab 1956 wissenschaftlicher Assistent, ab 1990 Dozent und von 1991 an schließlich Professor am Institut für Tschechische Sprache der Prager Karlsuniversität, Mitglied zahlreicher internationaler Fachverbände und Autor zahlreicher Studien zur Onomastik, u.a.: *Lutterer, Ivan/Kropáček, Luboš/Huňáček, Václav: Původ zeměpisných jmen* [Der Ursprung geografischer Namen]. Praha 1976, 66. – *Lutterer, Ivan/Majtán, Milan/Šrámek, Rudolf: Zeměpisná jména Československa* [Die geografischen Namen der Tschechoslowakei]. Praha 1982, 122.

nur in den neubesiedelten Grenzbezirken, sondern auch im Landesinneren“.<sup>7</sup> Diese Sicht stand ganz in der Tradition der frühen Nachkriegszeit: Im gleichen Sinne hatte der Archivar Václav Letošník argumentiert, der beim Innenministerium mit der Revision der Ortsnamen beauftragt war<sup>8</sup> und in seinem 1947 veröffentlichten Artikel die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung als eine „günstige Voraussetzung“ für die Neugestaltung der Ortsnamen bezeichnet hatte, „bei der die deutsche Bevölkerung nicht berücksichtigt werden musste“, sondern die allein mit Blick auf die neuen tschechischen Einwohner erledigt werden konnte.<sup>9</sup> Die scheinbar rein akademische Angelegenheit einer Korrektur und Vereinheitlichung der topografischen (geografischen) Terminologie hatte also in der Nachkriegszeit eine hohe „nationalpolitische“ Bedeutung. Nach der Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung war der Weg zu einer völligen „Tschechisierung“ der geografischen Terminologie endgültig frei geworden.

Ziel dieser Studie ist es, den dreigliedrigen Prozess der Umgestaltung von Toponymen – von Flurnamen, Ortsnamen sowie von Straßennamen und Namen öffentlicher Areale – auf legislativer und institutioneller Ebene nach 1945 zu rekonstruieren und die an diesem Prozess beteiligten Akteure vorzustellen: Unter welchen politischen Rahmenbedingungen arbeiteten sie, welche Motive verfolgten sie bei ihrer Arbeit? Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Verbindungen zwischen Geografen, Historikern, Archivaren und Philologen sowie auf die personellen Kontinuitäten zwischen der Ersten Republik und der Nachkriegszeit gelegt. Um den breiteren Kontext der Umbenennung von Ortsnamen verständlich zu machen, werden zunächst die Grundbegriffe definiert und die institutionellen Kompetenzen und Gesetzesregelungen nachgezeichnet. Abschließend werden Thesen zu diesem vielschichtigen Tschechisierungsprozess der Toponyme formuliert.

*Terminologische, institutionelle und rechtliche Grundlagen der Umbenennung von Orten*

Ortsnamen sind eine grundlegende Kategorie der Geodäsie und Kartografie. Vladimír Šmilauer, der Begründer der modernen tschechischen Onomastik,<sup>10</sup> führt fol-

<sup>7</sup> Lutterer, Ivan: Úprava českých místních jmen s přívlastkem „německý“ po roce 1945. Příspěvek k dějinám Místopisné komise ČSAV [Die Modifikation der Ortsnamen mit dem Attribut „deutsch“ nach 1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Ortsnamenkommission an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften]. In: Zpravodaj Místopisné komise ČSAV 13 (1972) Nr. 5, 721-736, hier 721.

<sup>8</sup> Václav Letošník (1891-1955) war Historiker und Archivar sowie Mitglied der Ständigen Kommission für die Festlegung der amtlichen Ortsnamen in der Tschechoslowakischen Republik (Stálá komise pro stanovení úředních názvů míst v Československé republice) und der Ortsnamenkommission der ČSAV. Vgl. Národní archiv [Nationalarchiv, NA] pobočka [Zweigstelle] Milady Horákové 133, Praha 6. Pozůstalost Václava Letošníka [Nachlass Václav Letošník].

<sup>9</sup> Letošník, Václav: Odněmčení našeho místního názvosloví [Die Entdeutschung unserer Ortsbezeichnungen]. In: Archivní věstník 2 (1947) Teil 1, Nr. 1 (April 1947) 1-7, Teil 2, Nr. 2 (Juni 1947) 1-9, hier Nr. 1, 6. Das Manuskript dieses Artikels befindet sich in: NA, Pozůstalost Václava Letošníka, Kart. 3.

<sup>10</sup> Vladimír Šmilauer (1895-1983) war Sprachwissenschaftler und Namenkundler, Mitglied der

gende Formen und Komponenten von Ortsnamen auf: 1. Namen von Staaten und Verwaltungseinheiten; 2. Orts- bzw. Örtlichkeitsnamen: a) Namen von Gemeinden, Siedlungen und Ortsteilen, b) von Straßen, Plätzen, Ufern, Gärten usw.; 3. Flurnamen: a) Geländennamen, zum Beispiel Parzellen, Anhäufungen von Parzellen, Grundstücke, Trassen, Waldabschnitte, Wüstungen, geografische Namen im weiten Sinn, b) Namen für fließende und stehende, natürliche und künstliche Gewässer wie zum Beispiel Bäche, Flüsse, Kanäle, Seen, Teiche, Quellen, c) Namen für Geländeformationen, Gipfel (Berge, Gebirgsketten), Hänge, orografische Einheiten, Täler, Pässe, d) Namen für Objekte, vor allem Burgen, Ruinen, freistehende Kapellen, Kirchen und Kreuze, Passionswege und Betsäulen.<sup>11</sup>

Von 1918 an wurde die Bezeichnung des Staates von der Verfassung festgelegt, die Schaffung bzw. Änderung der Namen von Regionen lag in der Kompetenz des Gesetzgebers. Die Namen von Gemeinden, Siedlungen und Ortsteilen wurden vom Innenministerium in Absprache mit der Ortsnamenkommission der Tschechischen Akademie für Wissenschaften und Künste (Místopisná komise České akademie věd a umění, ČAVU) neu geschaffen oder geändert. Sie wurden durch die Veröffentlichung der Statistischen Gemeindelexika festgeschrieben, die Namen von Straßen und Plätzen durch die Bekanntmachungen der Gemeindevorstände (der Orts- und Gemeindebehörden bzw. später der Nationalen Orts- und Gemeindeausschüsse).<sup>12</sup>

Die Initiative zur Umbenennung von Orts- und Flurnamen ging nach dem Ersten und vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg vom Innenministerium aus. Hier waren nach 1945 die Oberräte František Novotný und Václav Letošník sowie der philologische Berater des Innenministeriums Professor Antonín Profous<sup>13</sup> für Ortsnamen

---

Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften und Autor zahlreicher wichtiger Werke. Ein Gesamtverzeichnis seiner onomastischen Arbeiten bei Nováková-Šlajsová, Marie: Onomastika ve vědeckém díle profesora Vladimíra Šmilauera. Bibliografický soupis [Die Onomastik im wissenschaftlichen Werk von Professor Vladimír Šmilauer. Bibliografisches Verzeichnis]. In: Zpravodaj místopisné komise ČSAV 24 (1983) Nr. 4/5, 17-183.

<sup>11</sup> Šmilauer, Vladimír: Revize českých pomístních jmen [Die Revision der tschechischen Flurnamen]. In: Naše řeč 40 (1957) 9 f. Auch online verfügbar unter: <http://nase-rec.ujc.cas.cz/archiv.php?art=4581> (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>12</sup> Zu den tschechischen und tschechoslowakischen statistischen Lexika von 1923 bis zur Gegenwart vgl. <http://www.czso.cz/kraje/li/zdroj/noviny/noviny/zdroj/rok2005/0605/priloha.pdf> (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>13</sup> Zu Antonín Profous siehe: <http://nase-rec.ujc.cas.cz/archiv.php?art=4292> (letzter Zugriff 20.09.2012). – Čáda, František: Dílo Antonína Profouse a české úřední názvosloví místní [Das Werk von Antonín Profous und das tschechische amtliche Ortsnamenwesen]. In: Svoboda, Jan/Šmilauer, Vladimír u. a.: Místní jména v Čechách, jejich původ, původní význam a změny. Díl V. Dodatky k dílu Antonína Profouse [Ortsnamen in Böhmen, ihre Ursprünge, ursprünglichen Bedeutungen und Veränderungen. Teil 5. Ergänzungen zum Werk von Antonín Profous]. Praha 1960, 11-18. – Vavroušková, Anna: Vznik díla dr. Antonína Profouse „Místní jména v Čechách“ [Die Entstehung des Werkes von Dr. Antonín Profous „Ortsnamen in Böhmen“]. In: Čáda: Dílo Antonína Profouse 19-23. – Hodura, Kvido: Dr. Antonín Profous zemřel [Dr. Antonín Profous ist verstorben]. In: Naše řeč 36 (1953) Nr. 5-6, 150 f. – Zu den wichtigsten Werken von Antonín Profous zählen neben dem vierbändigen Werk „Ortsnamen in Böhmen“, dessen einzelne Bände zwischen 1947 und 1957

zuständig. Die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen ging von den Gemeindeselbstverwaltungen aus, das heißt von den Verwaltungskommissionen, den Gemeinde- und Stadtbehörden bzw. den örtlichen Nationalausschüssen. Als Fachaufsicht fungierten die Bildungs- bzw. Kulturabteilungen der Gemeinden. Nach 1945 wurden die Selbstverwaltungen durch die Schaffung von Kreisverwaltungskommissionen der Aufsicht des Innenministeriums unterstellt, wodurch sich ihr Handlungsspielraum beträchtlich verkleinerte.

Die fachliche Leitung bei der Beurteilung alter und neuer Orts- und Flurnamen oblag in der Ersten Republik der Ortsnamenkommission (Místopisná komise) an der Tschechischen Akademie für Wissenschaften und Künste. Diese 1912/13 gegründete Kommission wurde in der Zwischenkriegszeit von Professor Antonín Profous geleitet. Von 1931 bis 1952 war sie dem Nationalen Forschungsrat unterstellt, ab 1953 dann der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften. Den Vorsitz hatte Anfang der fünfziger Jahre Josef Dobiáš inne.<sup>14</sup> Zwischen 1931 und 1937 arbeitete eine Namenkommission (Názvoslovná komise) beim Nationalen Forschungsrat,<sup>15</sup> die unter der Leitung von Professor Bohuslav Horák stand. Ihre Aufgabe war es, die Namen größerer orografischer Einheiten (es wurden auch Generalkarten publiziert, in die diese Einheiten eingetragen waren) und aller Wasserläufe zu bestimmen.

Nach 1945 oblag die Fachaufsicht über die Festlegung der Flurnamen dem Militär-Geografischen Institut (Vojenský zeměpisný ústav, VZÚ) beim Verteidigungsministerium und der diesem unterstehenden Kartografischen Namenkommission

---

erschienen, auch: *Ders.*: Linguistische Interpretation von Ortsnamen im Bezirk Pilsen. Pilsen 1914; *Ders.*: O místních a zvláště pomístních jménech v okrsku chrasteckém u Chrudimě [Über Orts- und Flurnamen im Bezirk Chrást bei Chrudim]. Praha 1918; *Ders.*: O jménech pomístních, jejich významu a sbírání [Über die Flurnamen, ihre Bedeutung und Sammlung]. Praha 1920. – Ein Gesamtverzeichnis der Arbeiten von Profous findet sich unter <http://codexmediaevii.kx.cz/bibliografie/profous/index.htm> sowie unter: <http://hamelika.webz.cz/h97-11+12.htm> (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>14</sup> Zu Josef Dobiáš siehe: <http://www.kr-vysocina.cz/josef-dobias/d-4018476/p1=1101> und [http://cs.wikipedia.org/wiki/Josef\\_Dobi%C3%A1%C5%A1](http://cs.wikipedia.org/wiki/Josef_Dobi%C3%A1%C5%A1) (letzter Zugriff 20.09.2012). – Die Ortsnamenkommission wurde 1959 dem Slawischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften eingegliedert.

<sup>15</sup> Der Tschechoslowakische Nationale Forschungsrat (Československá národní rada badatelská, ČSNRB) wurde 1924 mit dem Ziel gegründet, die tschechoslowakischen Wissenschaften in die internationalen Strukturen zu integrieren; „im darauffolgenden Jahr wurde er auch Mitglied des Internationalen Forschungsrates [Conseil International de Recherches/International Research Council]. Der Internist Ladislav Syllaba wurde zum ersten Vorsitzenden der neuen Institution gewählt (nachdem der Botaniker Bohumil Němec, der ursprünglich vorgeschlagen worden war, die Wahl nicht angenommen hatte). Der Tschechoslowakische Nationale Forschungsrat koordinierte die Kontakte der tschechoslowakischen Wissenschaft mit dem Ausland und propagierte deren Forschungsergebnisse weltweit. Während der Okkupation stellte der Forschungsrat seine Tätigkeit ein, 1946 nahm er sie wieder auf. 1952 wurde er wie andere wissenschaftliche Korporationen endgültig aufgelöst.“ Zitiert nach: <http://veda-pro-zivot.avcr.cz/yellow/historie/files/1924.html> (letzter Zugriff 20.09.2012). Zu dem historischen Geografen Bohumír Horák siehe: [http://www.muni.cz/phil/people/68720/management\\_history?lang=cs](http://www.muni.cz/phil/people/68720/management_history?lang=cs) (letzter Zugriff 20.09.2012).

(Názvoslovná komise kartografická). Das Militär-Geografische Institut wurde zwischen 1945 und 1949 von Oberst Bohumír Kobliha geleitet; nachdem dieser vorzeitig pensioniert worden war, übernahm Oberleutnant Vlastimil Blahák die Institutsleitung.<sup>16</sup> Die Kartografische Namenkommission führte die Umbenennung von ungefähr 30 000 Flurnamen durch, diese Änderungen wurden in militärischen Karten im Maßstab von 1:50 000 festgehalten.<sup>17</sup>

Die Fachaufsicht über die Festlegung der Flurnamen ging Ende 1951 auf die dem Ministerium für Bauindustrie zugeordnete Namenkommission über. Das Ministerium war seinerzeit auch für die Leitung des Katasters zuständig. Die Kommission, der Vladimír Šmilauer und Ivan Honl vorstanden, führte die Korrektur von über 23 000 Flurnamen durch, die zuvor die Kartografische (Militärische) Namenkommission (Názvoslovná kartografická [vojenská] komise) genehmigt hatte.<sup>18</sup>

Die Vorschläge des Innenministeriums für die Umbenennung von Örtlichkeiten wurden nach 1945 den Nationalen Bezirks- und Landesausschüssen, dem Staatlichen Statistikamt, dem Landesvermessungsamt, dem Militär-Geografischen Institut und dem Ministerium für Post- und Verkehrswesen zur Beurteilung vorgelegt. Abschließend holte das Innenministerium ein Gutachten bei der Ortsnamenkommission ein, die Václav Letošník zufolge „das höchste wissenschaftliche Entscheidungsgremium“ war und deren Gutachten bei der Änderung der Ortsnamen den Ausschlag geben sollte.<sup>19</sup> Es ist nicht überraschend, dass der Geschäftsführer der Ortsnamenkommission, Antonín Profous, zugleich auch als philologischer Berater des Innenministeriums tätig war und damit auf diesem Feld für die nach 1945 so charakteristische enge Verknüpfung zwischen Politik und Wissenschaft sorgte.

#### *Umbennennungen nach 1918*

Die Umbenennung von Orten in der neugegründeten Tschechoslowakei wurde von dem starken Wunsch nach einer „Entösterreicherung“ bzw. „Enthabsburgisierung“ getragen. Dieser trug die erste Welle einer organisierten „Tschechisierung“ von deutschen Gemeindenamen und der Suche nach neuen tschechischen amtlichen Namen. Dabei wurde das Augenmerk darauf gerichtet, ältere tschechische Namensschichten freizulegen und zu reaktivieren. Eine inoffizielle Begründung für diese erste große Aktion zur Änderung von Ortsnamen wurde im tschechoslowakischen Parlament im April 1920 abgegeben, als bei der Vorlage des Gesetzes Nr. 266 unter dem Titel „Über die Namen von Städten, Gemeinden, Siedlungen und Straßen sowie

<sup>16</sup> Siehe <http://www.army.cz/avis/publikace/vzu/kniha/1945-1950.pdf> (letzter Zugriff 21.12.2011).

<sup>17</sup> *Hlavačka*, Milan: Ztráta historické paměti v důsledku umělého přejmenování krajiny [Der Verlust des historischen Gedächtnisses durch die künstliche Umbenennung der Landschaft]. In: *Hlavačka*, Milan/*Marès*, Antoine/*Pokorná*, Magdaléna u. a. (Hgg.): Pamět míst, událostí a osobností: Historie jako identita a manipulace [Das Gedächtnis von Orten, Ereignissen und Personen: Geschichte als Identität und Manipulation]. Praha 2011, 528-550.

<sup>18</sup> *Šmilauer*: Revize českých pomístních jmen (vgl. Anm. 11).

<sup>19</sup> *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 1 f. (vgl. Anm. 9).

über die Ausstattung von Gemeinden mit örtlichen Straßentafeln und die Nummerierung von Häusern“<sup>20</sup> erklärt wurde, „dass jeder, der die Grenze zur Tschechoslowakischen Republik überquert, sich bewusst wird, dass er sich im tschechoslowakischen Staat befindet“.<sup>21</sup>

Das Gesetz wurde noch im April verabschiedet, also nur zwei Monate nach dem Sprachengesetz, und bot zum ersten Mal eine rechtliche Handhabe dafür, „historisch überholte Namen“ durch neue zu ersetzen. In Paragraph 7, Abschnitt II des Gesetzes heißt es, dass „die bisherigen Namen von Straßen und öffentlichen Orten, die nicht im Einklang mit der Geschichte und den äußeren Beziehungen der tschechoslowakischen Nation stehen“, ersetzt werden sollten. Nicht länger zulässig sollten insbesondere auch Namen sein, die an „Personen erinnern, die der tschechoslowakischen Nation sowie den befreundeten Nationen feindlich gesinnt waren, oder an Ereignisse mit staatsfeindlichem Charakter erinnern“.<sup>22</sup> Unmittelbares Ergebnis dieser neuen rechtlichen Regelung war die Entstehung einer zweisprachigen Terminologie für die Siedlungen in den (nicht nur deutschsprachigen) Grenzgebieten der ČSR sowie die Erneuerung „verschütteter“ tschechischer Flurnamen aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit – hier insbesondere aus der Zeit vor der deutschen Besiedlung. „Historische“ tschechische Namen wurden überall dort eingeführt, wo es möglich war. Nur in jenen Fällen, in denen auch nach gründlicher Archivrecherche kein tschechischer Ortsname gefunden werden konnte, blieb der deutsche bzw. polnische Name aus der Zeit der Habsburgermonarchie als amtlicher Name bestehen. Die deutschen Namen, die bis dato als Zweitnamen der tschechischen Gemeinden Gültigkeit besessen hatten, blieben nur dort erhalten, wo die deutsche Bevölkerung mindestens zwanzig Prozent ausmachte – diese Quote ging auf die österreichische Gesetzgebung zurück. Zu amtlichen Namen wurden nun auch die Bezeichnungen, die von der einheimischen tschechischsprachigen Bevölkerung in Gemeinden mit einem deutschen Namen bis dahin nur mündlich benutzt worden waren und bei denen es sich um tschechische Wortschöpfungen handelte. Die Mehrheit der deutschen Ortsnamen wurde „im Interesse der tschechischen Bevölkerung“ und für den Amtsgebrauch zumindest phonetisch transkribiert.<sup>23</sup> Der Archivar und Ortsnamenspezialist Václav Letošník räumte im Rückblick zwar ein, dass dies „keine richtige Lösung“ gewesen sei, „aus philologischer Sicht“ sei sie „jedoch willkommen“ gewesen, da es „als Fortschritt“ zu betrachten gewesen sei, „wenn der tschechische Bürger den deutschen Namen zumindest in der dem Tschechischen angepassten deutschen

---

<sup>20</sup> Zákon č. 266 ze dne 14. dubna 1920 o názvech měst, obcí, osad a ulic, jakož i označování obcí místními tabulkami a číslování domů. In: Sbíрка zákonů. Česká republika [Gesetzessammlung, Tschechische Republik, Sb.] Nr. 266/1920, 595-596. Auch unter: [http://www.psp.cz/eknih/1918ns/ps/tisky/T2645\\_00.htm](http://www.psp.cz/eknih/1918ns/ps/tisky/T2645_00.htm) (letzter Zugriff 01.06.2012).

<sup>21</sup> Zitiert nach Čáda, František: Zákonná úprava místních názvů v Čechách [Die gesetzliche Regelung der Ortsnamen in Böhmen]. In: Právník. Časopis věnovaný vědě právní a státní 63 (1924) 145-152 und 189-196, hier 189. – Wingfield, Nancy M.: Flag Wars and Stone Saints: How the Bohemian Lands became Czech. Cambridge/Mass. 2007.

<sup>22</sup> Gesetz Nr. 266/1920 Sb. (vgl. Anm. 20).

<sup>23</sup> Letošník: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 2, 1 (vgl. Anm. 9).

Form benutzen konnte“.<sup>24</sup> Insgesamt gelangte Letošník zu der Einschätzung, dass die nach 1918 eingeführten tschechischen Ortsnamen „im Vergleich zu den älteren Ortsnamen aus der Zeit der Habsburgermonarchie in sprachlicher Hinsicht im Wesentlichen berechtigt“ gewesen seien.<sup>25</sup>

Das Resultat der ersten Umbenennungswelle war von einer gewissen Widersprüchlichkeit gekennzeichnet: Zu ihrer Begründung war vor allem das Ziel der „sprachlichen Reinheit“ betont worden.<sup>26</sup> Mit diesem Argument sollte die primär nationale Motivation der Aktion verdeckt werden. Im Ergebnis führte die Maßnahme aber keineswegs zu einer Vereinheitlichung, sondern zu einer stärkeren sprachlichen Mischung und zu zahlreichen Neubildungen. So räumte auch Letošník ein, dass die amtlichen Ortsnamen in den böhmischen Ländern nach 1918 „auch weiterhin eine Mischung aus tschechischen, deutschen bzw. polnischen sprachlich reinen und aus zum Teil phonetisch korrigierten, unreinen Namen“ geblieben waren.<sup>27</sup>

Die Abtrennung der Grenzregionen im Oktober 1938 und der deutsche Einmarsch in die verbliebenen Gebiete im März 1939 leiteten eine sehr radikale Revision der Ortsnamen ein: Nun wurden die gezielte „Verdeutschung“ von Ortsnamen und die Schaffung einer zweisprachigen Terminologie in Angriff genommen, im Zuge derer auch jene tschechischen Orte einen deutschen Namen erhielten, die sich in tschechischsprachigen Gebieten befanden. Dabei kam es nach den Worten Václav Letošníks zu „scheußlichen Entstellungen der tschechischen Namen“, verglichen mit diesen Wortschöpfungen seien die Namensformen aus der Habsburgermonarchie deutlich „erträglicher“ gewesen.<sup>28</sup> Alle Namen von Straßen und Plätzen, die „das deutsche Gefühl auf grobe Weise verletzten“, wurden geändert, alle übrigen Straßen erhielten zweisprachige Bezeichnungen. In Prag wurden beispielsweise auf der Grundlage eines Protektoratserlasses vom 4. April 1940 insgesamt 444 Straßen umbenannt. Diese noch Ende April 1940 durchgeführte Aktion kostete die Protektoratsregierung zwei Millionen tschechische Kronen.<sup>29</sup> Damals wurden auf Druck des stellvertretenden Bürgermeisters von Prag Josef Pfitzner und des Staatssekretärs des Reichsprotektors Karl Hermann Frank in erster Linie Namen entfernt, die an die hussitische Bewegung, an die tschechoslowakischen Legionäre im Ersten Weltkrieg (z.B. die Straßenbezeichnung Zborovská, benannt nach der Schlacht bei Zborov) sowie an die Gründung der Tschechoslowakei erinnerten. Desweiteren hatten all die Namen von historischen Persönlichkeiten zu weichen, die der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Rassenlehre entgegenstanden oder mit dem tschechischen bzw. tschechoslowakischen Patriotismus assoziiert werden konnten. Betroffen

<sup>24</sup> *Ebenda* 3.

<sup>25</sup> *Ebenda* Nr. 1, 1 f.

<sup>26</sup> *Ebenda*.

<sup>27</sup> *Ebenda* Nr. 2, 1.

<sup>28</sup> *Ebenda* Nr. 1, 3.

<sup>29</sup> Vgl. *Kuthanová*, Olga: *Nacifikace města Prahy [Die Nazifizierung Prags]*. Diplomarbeit, Pädagogische Fakultät der Karlsuniversität Prag 2007, 25-30, [http://www.sezimovousti.cz/\\_kultura/ebenes/2008\\_kuthanova.pdf](http://www.sezimovousti.cz/_kultura/ebenes/2008_kuthanova.pdf) (letzter Zugriff 20.09.2012).

waren außerdem die Namen von mythologisch oder historisch verbürgten Přemysliden (z.B. Bořivoj und Libuše), der Luxemburger (z.B. Karl IV.) sowie der wichtigsten tschechischen Schriftsteller, Maler, Komponisten und Wissenschaftler des 19. Jahrhunderts (u.a. Jan Evangelista Purkyně) sowie von international bekannten Persönlichkeiten, die dem „tschechoslowakischen Volk“ nahe standen (z. B. Ernest Denis). Während man klar erkennen kann, dass diese Politik vor allem darauf zielte, Verweise auf die slawische Vergangenheit der böhmischen Länder sowie auf den souveränen tschechoslowakischen Staat und seine internationalen Befürworter zu tilgen, bleibt unklar, warum während der gesamten Dauer der Okkupation Benennungen von Straßen nach Otokar Březina, Antonín Švehla und Josef Kajetán Tyl unangetastet blieben. Dass die nationalsozialistische Namenpolitik nicht immer konsequent war, legt auch die Tatsache nahe, dass die Namen von Jan Hus oder Bedřich Smetana von Straßen im Zentrum auf Straßen an der Peripherie Prags verlagert wurden, während andere zentral gelegene Straßen die Namen Karel Havlíček Borovskýs oder Karel Hynek Mácha erhielten. Diese Vorschläge wurden – auf Druck von Pfitzner und noch vor der Verhaftung des tschechischen stellvertretenden Bürgermeisters Otokar Klapka – vom Prager Rathaus unterbreitet.<sup>30</sup> Die neuen Straßennamen sollten einerseits Nähe zur deutschen und österreichischen Kultur und Geschichte signalisieren – viele von ihnen gingen auf deutsche geografische Bezeichnungen zurück (z.B. Saale, Dresden). Andererseits wurden Namen „gefallener Helden“ der nationalsozialistischen Gegenwart wie Günter Prien und Reinhard Heydrich ausgewählt. Allerdings hatte Karl Hermann Frank auf Anweisung Hitlers dafür zu sorgen, dass keine Prager Straße oder Brücke nach ihm benannt wurde.<sup>31</sup> Bemerkenswert ist, dass auch auf Namen weniger bekannter oder sogar umstrittener Persönlichkeiten der älteren böhmischen Geschichte zurückgegriffen wurde, wie zum Beispiel auf die von Altstädter Bürgermeistern oder der

---

<sup>30</sup> Vor 1939 hatte der Bürgermeister zusammen mit dem Stadtrat, der von der Zentralvertretung gewählt wurde, die Prager Gemeinde geleitet. Am 24. Februar 1939 löste die Landesbehörde die Zentralvertretung mit der Ankündigung auf, dass binnen vier Wochen Neuwahlen ausgerufen würden, wozu es aufgrund des deutschen Einmarsches nicht mehr kam. Anstelle der aufgelösten Gemeindevertretung ernannte der Landespräsident eine Verwaltungskommission mit den Befugnissen des früheren Stadtrates. An ihrer Spitze stand Otokar Klapka, dem am 16. März 1939 Josef Pfitzner als Stellvertreter zugeteilt wurde. Pfitzner verfügte über ein Vetorecht und setzte die Interessen des Okkupationsregimes durch. Klapka wurde im Juli 1940 wegen der Zusammenarbeit mit dem Widerstand verhaftet und im Herbst 1941 hingerichtet. Bis zum Mai 1945 blieb der Stellvertreter des hingerichteten Vorsitzenden im Amt und lenkte die Gemeindepolitik. Vgl. *Pasák*, Tomáš: *Zápasy primátora JUDr. O. Klapky* [Das Ringen des Primators JUDr. O. Klapka]. Praha 1991. – *Slámová*, Petra/*Svatošová*, Hana: *Pražská městská správa v období tzv. druhé republiky* [Die Prager Stadtverwaltung zur Zeit der so genannten Zweiten Republik]. In: *Fejtová*, Olga/*Ledvinka*, Václav/*Pešek*, Jiří (Hgg.): *Evropská velkoměsta za druhé světové války. Každodennost okupovaného velkoměsta. Praha 1939-1945 v evropském srovnání* [Die europäischen Großstädte während des Zweiten Weltkriegs. Alltag einer besetzten Großstadt. Prag 1939-1945 im europäischen Vergleich]. In: *Documenta Pragensia* 26 (2007) 23-40.

<sup>31</sup> *Kuthanová*: *Nacifikace města Prahy* 25 (vgl. Anm. 29).

katholischen Sieger über die protestantischen Stände (z. B. ersetzte der Name Pappenheim nun Konecchlumský).

Nach Kriegsende wurden die Umbenennungen der NS-Zeit wieder rückgängig gemacht und die Zeichen auf eine systematische „Entdeutschung“ der Orts- und Flurnamen gestellt. Die Folge war auf dem gesamten Gebiet der böhmischen Länder und in allen öffentlichen Stadträumen eine nahezu flächendeckende „terminologische Säuberung“. Laut Erlass des Innenministeriums vom 22. Juni 1945 sollten sich die Ortsnamenkommission und das Archiv des Innenministeriums auf eine enge Zusammenarbeit einigen und zugleich auch die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungspräsidium, den Ministerien für Post-, Verkehrs-, Schul- und Bildungswesen, dem Staatlichen Statistikamt, dem Landesvermessungsamt, dem Militärisch-Geografischen Institut und den Böhmisches und Mährischen Landesarchiven fördern. Ergebnis dieser Kooperation zwischen 1945 und 1950 waren Vorschläge zur Umbenennung all jener Gemeinden, „deren Namen aus staatspolitischer Perspektive unpassend waren“.<sup>32</sup> Diese Änderungen von Gemeindefürnamen wurden durch Bekanntmachungen des Innenministeriums veröffentlicht.<sup>33</sup>

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten die tschechischen Städte in der Regel zu den Straßennamen aus der Vorkriegszeit zurück. Nun wurden erneut Straßen und öffentliche Gelände nach böhmischen, mährischen und schlesischen Städten benannt, zudem erlebten die Namen der neuen „Kriegshelden“ eine Konjunktur. Die Straßennamen und Namen der öffentlichen Gelände in den deutschsprachigen Städten wurden vollständig ausgetauscht.

Nach der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 kamen andere Motive für die Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Geländen zum Tragen als in der Zwischenkriegszeit: Nun standen die „Entbürgerlichung“ und die „Entkirchlichung“ der sozialistischen Gesellschaft im Vordergrund des politischen Interesses. In einem Sitzungsprotokoll des Nationalen Bezirksausschusses von Písek (Prerau) vom 16. November 1949 heißt es beispielsweise, dass eine ganze Reihe von Straßennamen in der Stadt nicht den „Erfordernissen der Zeit“ entsprechen, sondern als „unpassend“ für die „volksdemokratische Ausrichtung des Staates“ zu betrachten seien. Sie müssten durch angemessene Bezeichnungen ersetzt und somit „in Einklang“ mit der neuen Zeit gebracht werden.<sup>34</sup>

Die Schaffung bzw. Änderung von Ortsnamen nach der „Samtenen Revolution“ von 1989, die sich vor allem auf den öffentlichen Raum in den Städten erstreckte, stand unter dem Vorzeichen der Wiederherstellung einer Zivilgesellschaft, des Zusammenbruchs des so genannten Ostblocks und des Endes der sowjetischen Vorherrschaft und schließlich der 1993 erfolgten Trennung der Tschechoslowakei in die Tschechische und die Slowakische Republik. Anders als nach den vorangegangenen

<sup>32</sup> *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 5 (vgl. Anm. 9).

<sup>33</sup> Die Bekanntmachungen über die Änderung der Ortsnamen sind veröffentlicht unter: <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1948-7> (letzter Zugriff 20.09.2012), <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1949-22>, <http://www.zakonyprolidi.cz/cs/1950-3> (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>34</sup> Siehe: <http://www.rosmus.cz/dokumenty/vyvoj-nazvoslovi-ulicni-site-prerova.pdf> (letzter Zugriff 20.09.2012).

Umbrüchen hat die Namenspolitik seither keinen dezidiert programmatischen Charakter mehr. Vielmehr bemühen sich die Selbstverwaltungsgorgane heute, möglichst neutrale Bezeichnungen für neue Straßen und öffentliche Gelände zu wählen, und entscheiden sich nur sehr selten für Umbenennungen. Diese Zurückhaltung hat vor allem finanzielle Gründe, schließlich zieht jede Umbenennung eine ganze Reihe aufwändiger bürokratischer Maßnahmen wie den Austausch von Personalausweisen oder die Änderung der Einträge im Handelsregister nach sich. Dies ist auch ein Grund dafür, dass in der heutigen Tschechischen Republik Straßennamen wie Zahradní (Gartenstraße), Krátká (Kurze Straße) Nádražní (Bahnhofstraße) und Školní (Schulstraße) zu den häufigsten zählen. Werden historische Personen zur Benennung von Straßen und öffentlichen Geländen gewählt, dann wird zumeist auf große Persönlichkeiten der tschechischen (National-)Geschichte wie Jan Amos Komenský (385), Miroslav Tyrš (372), František Palacký (325), Tomáš G. Masaryk (314), Edvard Beneš (72) und Ludvík Svoboda (42) zurückgegriffen.<sup>35</sup>

#### *Gesetzliche Grundlagen*

Der legislative Rahmen für die Änderung von Ortsnamen stellt ein kompliziertes historisch-rechtliches Geflecht dar, das die jeweils gültigen Vorstellungen vom symbolischen Umgang mit dem öffentlichen Raum genau widerspiegelt. An dieser Stelle wird ein Überblick über die wichtigsten gesetzlichen Regelungen und ihren Entstehungskontext gegeben.<sup>36</sup>

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts gab es keine amtlich festgelegten Ortsnamen. Erst das vorläufige Gemeindegesezt vom 17. März 1849 erteilte den Gemeinden das Recht, ihren Namen selbst zu bestimmen. Die älteste allgemeine Regelung von Ortsnamen für Mähren wurde am 21. April 1854 im Reichsgesetz Nr. 103, für Schlesien ebenfalls am 21. April 1854 im Reichsgesetz Nr. 104 und für Böhmen am 19. Oktober 1854 im Reichsgesetz Nr. 274 veröffentlicht. Diese Rechtsnormen wurden bei der Beurteilung von Ortsnamen als verbindlich angesehen, deren Änderung nur per Beschluss der Gemeindevertretung möglich war. Über die Zulässigkeit der Änderung eines Gemeindepamens entschied das österreichische Innenministerium in Absprache mit dem Justiz- und dem Finanzministerium sowie nach Anhörung des Landesausschusses, des Obersten Landesgerichtes und der Landesfinanzdirektion. Das Verfahren war vor allem deswegen so kompliziert, weil bei einer Änderung des Gemeindepamens die Grundbücher und Grundsteuerbücher des Katasteramtes entsprechend korrigiert werden mussten. Zu einer amtlichen Namensänderung kam es daher nur sehr selten. Handelte es sich bei der Namensänderung um einen „Akt der Selbstbestimmung der Gemeinde“, musste die Gemeinde die gesamten entstehenden Kosten übernehmen und für die Veröffentlichung der Namensänderung in den entsprechenden Amtsblättern selbst Sorge tragen. Damit war auch gesichert, dass eine

<sup>35</sup> Svobodová, Ivana: Perspektivní nebo Havlovu? [Die Perspektiven- oder die Václav-Havel-Straße?]. In: Respekt 13 (2012) 2, 44.

<sup>36</sup> Der folgende Abriss stützt sich auf Angaben aus: *Letošník: Odněmčení našeho místního názvosloví* (vgl. Anm. 9). – Čáda: *Zákonná úprava místních názvů v Čechách* (vgl. Anm. 20).

Änderung des Gemeindepens nicht gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit (etwa bei dem Austausch eines tschechischen durch einen deutschen Gemeindepens und umgekehrt) durchgesetzt werden konnte.

Die Änderungen der Gemeindepens wurden in Böhmen im Landesgesetzbuch und im Amtsblatt „Pražské noviny“ (Prager Zeitung) veröffentlicht, in Mähren im „Věstník vlády zemské pro Markrabství moravské“ (Anzeiger der Landesregierung für die Markgrafschaft Mähren), später in den „Zákony a nařízení zemské pro Markrabství moravské“ (Gesetze und Verordnungen der Landesregierung für die Markgrafschaft Mähren). Darüber hinaus wurden Gemeinde- und Ortsverzeichnisse sowie Gemeindelexika veröffentlicht, die die Änderungen festhielten. Das vermutlich erste amtliche Verzeichnis der Gemeindepens in den böhmischen Ländern erschien 1854 und trug den Titel „Zevrubný popis rozdělení země království Českého“ (Gründliche Beschreibung der Aufteilung des Königreichs Böhmen). Es ging auf František Palackýs „Popis království Českého ...“ (Beschreibung des Königreichs Böhmen) von 1848 zurück.<sup>37</sup> Obwohl diese Kompendien von der Statthalterei oder dem staatlich geleiteten Statistikamt herausgegeben wurden, sind die Angaben zu den Gemeindepens nicht immer zuverlässig.

Im November 1919, ein Jahr nach der Gründung der Tschechoslowakei, wurde eine „Ständige Kommission für die Festlegung der amtlichen Ortsnamen in der Tschechoslowakischen Republik“ als Beratungsgremium beim Innenministerium eingerichtet. Zum Vorsitzenden dieses Gremiums wurde Ladislav Prokop ernannt, die Ortsnamenkommission der Akademie für Wissenschaft und Künste vertraten Josef Vítězslav Šimák und sein Schüler Antonín Profous, ferner waren in der Ständigen Kommission die Historiker und Archivare Josef Dostál, Václav Letošník, Jaroslav Prokeš und František Roubík vertreten.<sup>38</sup> Die wichtigste Aufgabe der Kommission

<sup>37</sup> Zevrubný popis rozdělení země království Českého, ježto Nejvyššími rozhodnutími od 14. září a 26. listopadu 1853 a od 5. března 1854 schváleno, spolu přehled úřadů politických a soudních v tomtéž království Nejvyšším rozhodnutím schválených [Gründliche Beschreibung der Aufteilung des Königreichs Böhmen, von den allerhöchsten Beschlussfassungen vom 14. September und 26. November 1853 und vom 5. März 1854 genehmigt, zusammen mit einem Überblick über die politischen und juristischen Behörden des Königreichs Böhmen, wie sie durch die allerhöchsten Beschlussfassungen genehmigt wurden]. Praha 1954. – Siehe auch: Palacký, František: Popis Království českého, čili, Podrobné poznamenání všech dosavadních krajův, panství, statkův, měst, městeček a vesnic, někdejších hradův a tvrzí, též samot a zpustlých osad mnohých v zemi české, s udáním jejich obyvatelstva dle popisu r. MDCCCXLIII vykonaného. W jazyku českém i německém zhotovil a vydal František Palacký [Beschreibung des Königreichs Böhmen oder Die ausführliche Aufzeichnung aller bestehenden Kreise, Herrschaften, Höfe, Städte, Kleinstädte und Dörfer, aller früheren Burgen und Festungen sowie vieler Einsiedeleien und verlassenen Siedlungen im Land Böhmen, unter Angabe ihrer Bevölkerung nach der Beschreibung aus dem Jahr 1843. In tschechischer und deutscher Sprache zusammengestellt und herausgegeben von František Palacký]. Praha 1848.

<sup>38</sup> František Roubík (1890–1974), Historiker und Archivar, 1919–1939 im Archiv des tschechischen Innenministeriums beschäftigt, 1939–1948 im Ministerium für Schulwesen und Volksaufklärung, von 1949 bis 1952 Direktor des Historischen Instituts, nach der Gründung der Akademie der Wissenschaften dort „Leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter“ in der historischen Abteilung. Zu seinen breitgefächerten Forschungsinteressen gehörten u. a. die Verwaltungsgeschichte und die historische Geografie. Eine Würdigung seiner Person

sollte darin bestehen, ältere tschechische Namensschichten aufzuspüren, um die vorhandenen deutschen Namen zu ersetzen oder zu „verdoppeln“. Diese Vorgehensweise wurde von Innenminister Antonín Švehla bei der Vorlage des bereits erwähnten Gesetzes Nr. 266 von 1920 mit der Notwendigkeit einer Revision nach der „Verunreinigung“ der Stadt-, Gemeinde- und Siedlungsnamen im Lauf der Geschichte begründet.<sup>39</sup> Das Gesetz und die Verordnung Nr. 266 wurden am 14. April 1920 vom Parlament verabschiedet. Es handelte sich um die erste grundlegende gesetzliche Regelung von Ortsnamen in der Geschichte der böhmischen Länder und der Slowakei, sie bildete die Grundlage der Korrektur aller Ortsnamen. Im ersten Paragraphen des Gesetzes war festgelegt, dass der Innenminister den amtlichen Namen einer Gemeinde in Absprache mit der „Ständigen Kommission“ bestimmte, die wiederum die „öffentlichen Interessen“ berücksichtigte. Im August 1921 wurde die Durchführungsverordnung (Nr. 324) zum Gesetz Nr. 266 veröffentlicht, die unter anderem regelte, dass „der Innenminister für jede Stadt, Gemeinde und Siedlung (Teil einer Siedlung) den amtlichen Namen in der tschechoslowakischen Sprache [sic] festlegt“, da viele der früheren Namen auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert, die „Zeit der Unterdrückung“, zurückgingen.<sup>40</sup> Zudem legte die Durchführungsverordnung fest, dass die tschechischsprachigen Namen an erster Stelle zu stehen hatten und die deutschen nachrangig benutzt werden sollten.

Es ist also ganz offensichtlich, dass das Gesetz von 1920 und die dazugehörigen Durchführungsbestimmungen tschechische Ortsnamen deutlich bevorzugten. Auch wenn seine nationale Motivation unübersehbar war, handelte es sich doch um ein Gesetz, das auf demokratischem Weg zustande gekommen war und das für die Benennung bzw. Umbenennung von öffentlichem Raum ein mehrstufiges Prozedere festlegte, das gewisse Kontrollmechanismen beinhaltete.

Während der deutschen Besatzung wurde das Prozedere für die Umbenennung rechtlich deutlich vereinfacht: Nunmehr genügte ein kurzes Verfahren bzw. eine Anordnung des Reichsprotektors, der als oberster Vertreter des „Führers und Reichskanzlers“ im Protektorat galt und in dieser Funktion das Reich in allen Angelegenheiten des staatlichen und Verwaltungslebens repräsentierte. Die Resultate seiner Anweisungen wurden im „Amtlichen deutschen Ortsbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren“ veröffentlicht.<sup>41</sup>

---

findet sich unter: <http://abicko.avcr.cz/archiv/2000/2/obsah/frantisek-roubik.html> (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>39</sup> Gesetz Nr. 266/1920 Sb. (vgl. Anm. 20).

<sup>40</sup> Čáda: *Zákonná úprava místních názvů v Čechách 190* (vgl. Anm. 20).

<sup>41</sup> Amtliches Deutsches Ortsbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren. Prag 1939. Hrsg. vom Reichsprotektor in Böhmen und Mähren. Im Vorwort zur ersten Auflage dieses Lexikons, das auf den 31. Dezember 1939 datiert ist, heißt es: „unter politischem Druck sind in den letzten 20 Jahren viele deutsche Ortsbenennungen aus dem Sprachgebrauch ausgeschieden worden. Sinn und Zweck dieses Buches ist es, in dem Gebrauch von Ortsnamen für die Zukunft die nötige Klarheit zu schaffen.“ – *Sturm*, Heribert (Hg.): *Ortslexikon der böhmischen Länder 1910-1965*. München 1995. – Zur Verwaltung während der Protektoratszeit vgl.: *Maršálek*, Pavel: *Pod ochranou hákového kříže. Nacistický okupační režim v českých zemích 1939-1945* [Unter dem Schutz des Hakenkreuzes. Das nationalsozialistische Okkupationsregime in den böhmischen Ländern 1939-1945]. Praha 2012, 66-76, hier

Mit dem Beschluss des Innenministeriums vom 18. Mai 1945 wurde die Gültigkeit der amtlichen Gemeindefüramen in den böhmischen Ländern von der Zeit vor dem 1. Oktober 1938 wiederhergestellt.<sup>42</sup> Gleichzeitig wurde jedoch – und das war die wichtigste Änderung – die Gültigkeit aller amtlichen Namen von Orten und Ortsteilen aufgehoben, wenn diese „in einer anderen als der tschechischen Sprache“ verfasst waren. Der Erlass des Innenministeriums vom April 1946 ergänzte diese gesetzliche Regelung weiter: Die Wiederherstellung der Ortsnamen betraf nur jene Gemeinden, die ihren Namen nicht bereits nach dem 4. Mai 1945 geändert hatten; handelte es sich um mehrsprachige amtliche Gemeindefüramen, behielten allein die tschechischen ihre Gültigkeit. Somit verloren alle deutschen Varianten tschechischer Ortsnamen sowie alle tschechischen Namen, die während des „Protektorats“ anstelle von älteren tschechischen Namen aus der Zeit vor dem 1. Oktober 1938 angenommen worden waren, ihre Gültigkeit. Eine Ausnahme stellten die inzwischen vereinigten Gemeinden Zlín (Zlin), Semily (Semil) und Staňkov (Stankau) dar. Trotz dieser Änderungen verblieben 510 Gemeinden in Böhmen und Mähren, die einzig einen deutschen amtlichen Namen bzw. einen deutschen Namen mit tschechischem Attribut trugen. Das Innenministerium forderte in einem Erlass vom 22. Juni 1945 jedoch dazu auf, diese Namen binnen kürzester Zeit zu „tschechisieren“.<sup>43</sup> Zudem gab es im August 1945 ein Zirkular heraus, das die Formalitäten für Anträge auf Umbenennungen von Straßen nach dem Präsidenten der Republik und anderen lebenden Staatsmännern festlegte.<sup>44</sup> Zu den erforderlichen Unterlagen gehörten ein schriftlicher Antrag und eine Abschrift der entsprechenden Verhandlungsakte der Selbstverwaltung, ein Stadtplan und ein Plan der näheren Umgebung der betreffenden Straße, zwanzig aktuelle Fotografien sowie die Zustimmung des Präsidenten. Beizufügen war ferner eine kurze Geschichte der Stadt und gegebenenfalls eine Übersetzung ins Russische – sowohl des Antrags als auch der Stadtgeschichte –, die im Innenministerium selbst angefertigt wurde. Im November 1946 wurde die institutionelle Vorgehensweise bei Umbenennungen vom Innenministerium präzisiert. In einem weiteren Erlass legte das Innenministerium fest, dass sich die Gemeinden künftig nicht mehr direkt an den Präsidenten oder die Präsidentenkanzlei wenden sollten, sondern die Anträge über das Ministerium zu stellen hatten, das sie dann gebündelt an die Präsidialkanzlei weiterleitete.<sup>45</sup>

Auch nach der Verabschiedung der tschechoslowakischen sozialistischen Verfassung von 1960 sowie nach 1989 beschäftigten sich weitere Rechtsnormen mit der

---

werden auch die Reichsgesetze angeführt, mit denen die Kompetenzen des stellvertretenden Reichskanzlers geregelt wurden.

<sup>42</sup> Vyhláška ministra vnitra ze dne 1. července 1947 o změnách úředních názvů měst, obcí, osad a částí osad, povolených v roce 1946 [Bekanntmachung des Innenministeriums vom 1. Juli 1947 über Änderungen der amtlichen Bezeichnungen der Städte, Gemeinden, Ortschaften und Ortsteilen, die im Jahr 1946 zugelassen wurden]. Nr. 123/1947 sb. Text unter: <http://portal.gov.cz/app/zakony/zakonInfo.jsp?idBiblio=15707&nr=123-2F1947&crpp=15> (letzter Zugriff 30.09.2012).

<sup>43</sup> *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 2 (vgl. Anm. 9).

<sup>44</sup> NA, Fond Ministerstvo vnitra [Fonds des Innenministeriums, MV] MV-I, NR, Kart. 4977.

<sup>45</sup> *Ebenda*.

Festlegung von Ortsnamen. Die neuen Gesetze zeigen aber deutlich, dass die Zeit der großen Brüche und der extremen Politisierung der Namensfrage vorüber ist – auch weil das Gebiet der heutigen Tschechischen Republik seit dem Ende der vierziger Jahre mehr oder minder national homogen ist.<sup>46</sup>

Wie der kurze chronologische Überblick über die rechtliche Entwicklung deutlich gemacht hat, markieren vor allem die Jahre 1938/39 und 1945 folgende tiefe Zäsuren: Hatte während der Ersten Tschechoslowakischen Republik ein von der Nationalversammlung verabschiedetes Gesetz den Charakter der Änderungen vorgegeben, reichten nach 1945 Rechtsregelungen in Form von Bekanntmachungen, Erlässen und Zirkularen durch Ministerien aus, und so war es auch bereits im „Protektorat“ gewesen. Diese Vorgehensweise zeugt von einem Wandel der politischen wie auch der Rechtskultur, die nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung 1945/46 von der Gründung mehrerer Ortsnamenkommissionen zusätzlich befördert wurde. Diese entstanden auf Initiative zentralstaatlicher Instanzen und sollten eine systematische Revision der Ortsnamen vornehmen. Eben diese Namenkommissionen, deren Arbeit im Folgenden näher analysiert wird, trugen wesentlich zum Wandel der topografischen Terminologie in den böhmischen Ländern nach 1945 bei.

*Die Umbenennung von Fluren und Orten durch die Namenkommissionen nach 1945*

*a) Die Umbenennung von Fluren durch die militärische Kommission für Kartografische Toponomastik*

Die Kommission für Kartografische Toponomastik (Názvoslovná komise kartografická) arbeitete zwischen 1946 und 1950 intensiv und auf ihre Weise sehr effektiv an der Revision der Flurnamen. Bis zu ihrer Auflösung Ende Februar 1950 erfüllte sie ihren Auftrag, neue Flurnamen für die böhmischen Länder – und zwar durchaus nicht nur für die Zwecke der militärischen Kartografie – zu schaffen, weitgehend.<sup>47</sup>

Bereits auf der ersten Beratung, die am 2. August 1946 im Konferenzsaal des Militärinstituts für Kartografie in Prag Bubeneč stattfand, informierte der Kommandant dieser Institution, Oberst Bohumír Kobliha, die Anwesenden darüber, dass „in der Flurterminologie keine Einheit herrscht, denn es liegen keine Grundsätze oder Richtlinien vor, bzw. es besteht kein kompetentes Organ, das die richtigen tschechischen

<sup>46</sup> Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die Bekanntmachung Nr. 97/1961 Sb. „Über die Gemeindefürsorge, die Bezeichnung von Straßen und die Nummerierung von Häusern“ (Vyhláška o názvech obcí, označování ulic a číslování domů); das Gesetz Nr. 128/2000 Sb. „Über die Gemeinden“, Paragraph 28-34 (Zákon 128 o obcích (obecní zřízení), § 28-34); das Gesetz Nr. 131/2000 Sb. „Über die Hauptstadt Prag“, § 13-14 (Zákon o hlavním městě Praze, § 13-14) mit dem die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach lebenden Personen verboten wurde.

<sup>47</sup> Ústřední archiv zeměměřičství a katastru [Zentralarchiv für Vermessungswesen und Kataster (Prag-Kobylysy, ÚAZK)], Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise [Fonds Kartografische Namenkommission und Namenkommission]. Ich danke PhDr. Pavel Boháč für die freundliche Bereitstellung der Sitzungsprotokolle dieser Kommissionen.

Namen bestimmen würde“.<sup>48</sup> Kobiha unterstrich die Dringlichkeit der Arbeit, die vor der Kommission lag: „Das Bedürfnis einer richtigen tschechischen Toponymie für die Landkarten ist äußerst stark und erhöht sich von Tag zu Tag mit den zunehmenden Aufgaben der Topografen.“<sup>49</sup> Um die Arbeit rasch voran zu treiben, forderte er die Anwesenden zur Vereinfachung bzw. Reduktion jener Flurnamen auf, die für militärische Belange keine größere Bedeutung hatten.<sup>50</sup> Doch ergaben sich unerwartete Schwierigkeiten: Auf der Sitzung am 20. September 1946 kam es zu einer Diskussion, an der sich u.a. Antonín Profous, František Roubík und später auch der damals noch aus Brünn angereiste Ladislav Hosák beteiligten. Diese Wissenschaftler weigerten sich, die Leitung der Kommission zu übernehmen, und nach einigen weiteren Monaten legten sie die Tätigkeit in dem Gremium mit dem Argument, mit anderen Aufgaben völlig ausgelastet zu sein, ganz nieder. In der Folge wurde der Gang der Arbeiten von Militärkartografen bestimmt.

Ihr Ablauf wurde wie folgt festlegt: Die engere Expertenkommission unter der Schirmherrschaft des Militärinstituts für Kartografie erhielt „die toponomastischen Anforderungen für ein Gebiet auf der Landkarte“ und innerhalb eines Monats trat sie wieder zusammen, „um gemeinsam einen Beschluss über die angeforderte Flurbenennung zu treffen“.<sup>51</sup> Die Kommissionsmitglieder bereiteten inzwischen ihre Stellungnahme zu den Benennungsvorschlägen vor, die ihnen vom Militärinstitut für Kartografie im Voraus zugesandt worden waren. Auf den monatlich stattfindenden gemeinsamen Beratungen wurden dann alle Änderungen von Flurnamen, aber auch Ergänzungen zum Verfahren vereinbart. Die Kommission, die sich auf eine große Zahl von Freiwilligen in den Bezirken und Kreisen stützte, arbeitete sich systematisch von einem Kartenausschnitt zum nächsten vor. So entstand in den böhmischen Ländern eine grundlegend neue Terminologie von Flurnamen, die von Bestand sein sollte. Doch die kommunistische Machtübernahme, die die Kommission in personeller wie materieller Hinsicht hart traf, setzte der intensiven Arbeit ein Ende, die letzte Sitzung der Kommission fand im Februar 1950 statt. In den fünfziger Jahren wurden die Ergebnisse ihrer Tätigkeit einer grundsätzlichen „sprachwissenschaftlichen“ Überprüfung durch eine neue Toponomastische Kommission unterzogen, zwei Drittel der von der ersten Kommission festgelegten Namen wurden jedoch beibehalten und haben bis heute Bestand.

Gerade vor diesem Hintergrund scheint das Urteil von Václav Lábus, der die Arbeit der Kommission für kartografische Toponomastik sehr kritisch dargestellt hat,<sup>52</sup> zu hart. Lábus zufolgekrankte die erste umfassende Revision von Flurnamen nicht nur an der großen Eile, mit der sie durchgeführt wurde, sondern auch an mangelnder Professionalität. Lábus meint, das Militärinstitut für Kartografie habe sei-

<sup>48</sup> *Ebenda.*

<sup>49</sup> *Ebenda.*

<sup>50</sup> *Ebenda.*

<sup>51</sup> *Ebenda.*

<sup>52</sup> Lábus, Václav: K historii českých jmen v Jizerských horách [Zur Geschichte der tschechischen Namen im Isergebirge]. In: Krkonoše – Jizerské hory Januar (2007). Die Zeitschrift ist im Internet aufrufbar unter: [http://krkonose.krnep.cz/index.php?option=com\\_content&task=view&id=9245&Itemid=27](http://krkonose.krnep.cz/index.php?option=com_content&task=view&id=9245&Itemid=27), unpag. (letzter Zugriff 21.12.2011).

nerzeit nicht über die nötigen Fachleute verfügt, weshalb es „selbstverständlich gescheitert“ sei.<sup>53</sup> Zwar trifft es zu, dass die Kommission für kartografische Toponomastik keinen so ausgeprägt wissenschaftlichen Charakter hatte wie die später von Vladimír Šmilauer geleitete Toponomastische Kommission, doch führte keineswegs ein Soldat – also der Kommandant des Militärinstituts für Kartografie –, sondern mit Dipl.-Ing. Josef Rón ein Hydrologe fachlich das Wort. Wie aus den sorgfältig geführten Protokollen hervorgeht, kümmerte Rón sich durchaus um die historischen und sprachwissenschaftlichen Grundsätze der Flurnamenbildung. Auch mögen die Arbeitsmethoden sehr pragmatisch gewesen sein – gerade im Hinblick auf die Bedürfnisse der militärischen Kartierung sollte es ja zu keinem Verzug kommen –, doch wurden diesem Ziel keineswegs alle anderen Anforderungen geopfert.

*b) Die Revision von Flurnamen durch die „akademische“ Kommission für kartografische Toponomastik*

Im November 1951 wurde auf Entscheidung des Ministeriums für Bauindustrie (Ministerstvo stavebního průmyslu), das damals die Aufsicht über das Staatliche Landesvermessungs- und Katasteramt (Státní zeměměřičský a katastrální úřad, SZKÚ)<sup>54</sup> innehatte, eine neue Namenskommission eingerichtet. Ihre offizielle Bezeichnung war wiederum „Kommission für Kartografische Toponomastik“ (Názvoslovná komise kartografická), sie bezeichnete sich selbst aber stets als „Toponomastische Kommission“, vermutlich um sich von ihrer „militärischen“ Vorgängerin abzusetzen. Der neugegründeten Kommission kam die Aufgabe zu, eine Revision der wichtigsten Flurnamen in den böhmischen Ländern durchzuführen, also all jener Namen, die auf den militärischen Karten im Maßstab von 1:50 000 aufgeführt und die von der militärischen Kartografischen Namenskommission der späten vierziger Jahren geschaffen und beschlossen worden waren. Zudem sollte sie die Vergabe von tschechischen Flurnamen vorbereiten und eine tschechische und slowakische Toponomastik für all die Gebiete schaffen, in denen vor 1945 Deutsch oder Polnisch die vorherrschenden Sprachen gewesen waren.<sup>55</sup>

<sup>53</sup> *Ebenda.*

<sup>54</sup> Später trug das Amt die Bezeichnung „Ústřední správa geodézie a kartografie“ [Zentralverwaltung für Geodäsie und Kartografie].

<sup>55</sup> In Bratislava arbeitete die Slowakische Toponomastische Kommission, die die Berichte über ihre Sitzungen nach Prag sandte. Der Arbeitsablauf der Slowakischen toponomastischen Kommission basierte auf folgenden Grundsätzen: Slowakische Flurnamen wurden grundsätzlich geändert, wenn sie dialektale Formen aufwiesen oder wenn sie durch die ungarische oder deutsche Transkription oder Anpassung an das Tschechische „verzerrt“ waren. Namen in ungarischer Sprache sollten erhalten bleiben, sofern sie Orte bezeichneten, in denen mehrheitlich tschechoslowakische Staatsangehörige ungarischer Nationalität lebten. Dort, wo neben den ungarischen Namen auch Namen in slowakischer Sprache verwendet wurden und sich diese bereits eingebürgert hatten, sollten diese auch offiziell eingeführt werden. Ungarische Namen in ausschließlich von Slowaken bewohnten Gebieten wurden durch slowakische Namen ersetzt, wenn es sich nicht um historische Namen oder um Namen handelte, die es aus „wichtigen Gründen“ verdienten, bewahrt zu werden. Die Änderung der Namen von Gemeinden, Ortschaften und deren Ortsteilen fiel in die Kom-

Die erste Sitzung der neuen Kommission fand am 22. November 1951 im Sitzungssaal des SZKÚ statt. Bei den Mitgliedern der Kommission handelte es sich überwiegend um Vertreter von Ministerien und der beteiligten Institute der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften.<sup>56</sup> Mit dem uns bereits bekannten Vladimír Šmilauer, dem Begründer der modernen tschechischen Onomastik, stand der Kommission ein angesehener Wissenschaftler vor; zum wissenschaftlichen Sekretär der Kommission wurde der Historiker und Geograf Ivan Honl berufen. In der Eröffnungsrede über die künftigen Aufgaben der Kommission räumte Šmilauer zwar ein, dass die Flurnamen nicht „dieselbe administrative Bedeutung“ hätten wie die Ortsnamen, doch seien sie keineswegs unwichtig. Nicht nur für Soldaten, Landvermesser, Geografen, Botaniker, den Schulunterricht ect. sei die „genaue Bezeichnung natürlicher Objekte durch Namen, die auch der örtlichen Bevölkerung klar und bekannt sind“, von großer Bedeutung:

Darüber hinaus ist es eine Sache der nationalen Ehre, dass die Bezeichnungen nicht unorganisch und entstellt sind, sondern überall einheitlich und in höchstem Maße an den volkstümlichen Gebrauch angelehnt, jedoch zugleich in die Schriftsprache übertragen. Zuerst werden nur die wichtigsten Namen mit besonderer Berücksichtigung der Grenzgebiete bearbeitet, wo die Korrektur und Fixierung der Flurnamen am dringendsten ist.<sup>57</sup>

---

petenz der Toponomastischen Kommission beim Beauftragten für Inneres (Povereníctvo vnútra), die ihre Tätigkeit im Jahre 1952 aufgenommen hatte.

<sup>56</sup> Die Kommission setzte sich laut Protokoll der konstituierenden Sitzung aus folgenden Mitgliedern zusammen: Dr. Jan Martínek und Dr. Václav Letošník (beide für das Innenministerium), Prof. Václav Potužák (für das Schulministerium), Ing. Jaroslav Průša und Ing. Jaroslav Pták (beide für die Landvermessungsabteilung des Ministeriums für Bauindustrie), Dr. Karel Sochor (für das Institut für tschechische Sprache), Hauptmann Oldřich Louda und Major Bohumil Moník (für das Verteidigungsministerium), Prof. Josef Bartůšek (für das Institut für Orientalistik), Ing. František Kovařík (für das Forschungsinstitut für Wasserwirtschaft), Prof. Vladimír Šmilauer (für die Ortsnamenkommission der ČSAV), Ing. Vladislav Sachůnský und Ing. Antonín Koláčný (für das Staatliche Institut für Geodäsie und Kartografie) und Dr. Ivan Honl als Sekretär der Kommission. Folgende Mitglieder waren entschuldigt: Dr. Václav Černý und Karel Stanka (beide für das Landwirtschaftsministerium) sowie ein Vertreter des Informationsministeriums. Honl schlug auf der ersten Sitzung vor, „wegen der Aufgabenvielfalt“ die Kommission „vor allem durch die Heranziehung von Vertretern des Sowjetischen Instituts“ um weitere Mitglieder zu erweitern. Dieser Vorschlag wurde „einstimmig angenommen“. Professor Bartůšek vom Institut für Orientalistik schlug vor, folgende Personen einzubeziehen: Dr. Helena Turková, Adolf Panz, Karel Petráček, Prof. Otakar Pertold, Dr. Vincenc Pořízka, Miloslav Krása, Dr. Augustin Palát, Dr. Vlasta Hilská, Libuše Boháčková, Prof. Alois Pultr, Dr. Pavel Poucha, Dr. Karel Růžička und Prof. Jaroslav Průšek. Major Moník bot an, die Übergabe der schriftlichen und kartografischen Unterlagen „der früheren Fachsprachenkommissionen“ an die neue Kommission umgehend zu veranlassen, sobald das Verteidigungsministerium seine Zustimmung dazu erteilen würde. Den weiteren Sitzungsprotokollen zufolge gehörten folgende Personen zu den exekutiven Kommissionsmitgliedern: Ing. Kovařík, Major Moník (als einziger Vertreter der Vorläuferkommission), Doz. Dostál, Dr. Sochor, Prof. Potužák, Ing. Hercík, Dr. Letošník, Prof. Šmilauer, Prof. Bartůšek, M. Krása, Doz. Kuchař, Dr. Janko, Dr. Mencák, Ing. Pták, M. Turzák, Dr. Purgina, Dr. Harvalík, Dr. Černý und A. Novotný sowie Dr. Ivan Honl, Dr. Štusáková und M. Votýpková als Mitglieder des Sekretariats der Fachsprachenkommission.

<sup>57</sup> ÚAZK, Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise, Protokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Namenkommission vom 22. 11. 1951.

Was die Arbeitsweise der Kommission betraf, zeigte Šmilauer sich optimistisch:

[...] eine angemessene Organisation und intensive Zusammenarbeit wird es uns ermöglichen, unsere Ziele – die Fixierung der Flurnamen in den böhmischen Ländern – in völliger Übereinstimmung der militärischen, administrativen, geografischen und der philologischen Interessen und in einem ausreichend schnellen Tempo zu erreichen.<sup>58</sup>

In der Tat war die neue Namenkommission gut organisiert, ihre Arbeit lief auf mehreren Ebenen zugleich ab. In jedem der damaligen 280 Bezirke wurden bei den Landesvermessungszentren bzw. bei den technischen Referaten der Bezirksnationalausschüsse, die direkt dem Ministerium für Bauindustrie unterstanden, so genannte „Bezirksbeiräte für die Korrektur der Flurnamen“ (Okresní poradní sbory pro úpravu pomístního názvosloví) eingerichtet. Bei den Mitgliedern dieser Beiräte handelte es sich um „Vertreter der Volksverwaltung“, Landesverwalter und Mitarbeiter sowie Ausbilder der „Volksaufklärung“. Sie alle legten der Namenkommission Vorschläge zur Vereinheitlichung vor. Die korrigierten Flurnamen wurden dann wiederum den Bezirksnationalausschüssen zur Genehmigung zurückgeschickt. Das endgültige Genehmigungsverfahren fand schließlich im SZKÚ statt.

Jaroslav Průša, Vertreter des Ministeriums für Bauwesen, betonte, dass die Namenkommission unter den neuen Verhältnissen auch einen neuen Charakter haben müsse. Sie solle „nicht nur die philologischen und kulturhistorischen Probleme lösen“, die Verhandlungsergebnisse hätten vielmehr „auch den Bedürfnissen des Volkes zu dienen“. Die Kommission müsste immer in Erinnerung behalten, dass

[...] in erster Linie das Volk, das von der Volksverwaltung verkörpert wird, dazu berufen ist, entscheidenden Einfluss auf die Festlegung der Namen von Orten, Flächen, Flurwegen, Gebirgen und Gewässern seiner unmittelbaren Heimat auszuüben.<sup>59</sup>

Der Kommission standen alle Katasterpläne aus den Kreisarchiven zur Verfügung und „das Jahrhunderte alte, reiche Inventar des Zentralarchivs des SZKÚ“, das seinerzeit formal dem Ministerium für Bauindustrie unterstellt war. Außerdem verfügte die Kommission über einige Fachausschüsse, zum Beispiel über eine Unterkommission für Orientalische Sprachen, eine weitere für das lateinische Alphabet oder für Geografie. Zugleich fungierte sie als „ressortübergreifende und gesamtstaatliche Kommission“ zur Klärung toponomastischer Probleme von gesamtstaatlicher Bedeutung.<sup>60</sup>

Mitte der fünfziger Jahre wurde die Tätigkeit der Namenkommission erfolgreich abgeschlossen, die revidierten Flurnamen konnten nun in die allgemeinen und militärischen Karten eingetragen werden. Aus dem vom Kommissionsvorsitzenden Šmilauer verfassten Bericht vom April 1956, der für das Präsidium der Akademie der Wissenschaften bestimmt war, geht hervor, dass die Kommission in den zurückliegenden fünf Jahren über 23 030 Flurnamen in den böhmischen Regionen revidiert hatte, wobei 8 398 Namen eine nachträgliche Tschechisierung erfahren hatten. Be-

<sup>58</sup> *Ebenda.*

<sup>59</sup> ÚAZK, Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise, Protokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Toponomastischen Kommission vom 22.11.1951.

<sup>60</sup> *Ebenda.*

reits 1957 wurden unter der Obhut des Redaktionsausschusses der Namenkommission Flurnamenverzeichnisse für die Bezirke Liberec (Reichenberg), Ústí nad Labem (Aussig) und Karlovy Vary (Karlsbad) veröffentlicht.<sup>61</sup> Die neue Orts- und Flurnamenterminologie erhielt, so Šmilauer in seinem Bericht, „eine amtliche Gültigkeit und damit auch eine garantierte Stabilität“.<sup>62</sup>

In Šmilauers Rückblick auf die gewaltige Arbeitsleistung, die die Kommission erbracht hatte, mischten sich aber auch ernüchterte, desillusionierte Töne. So bedauerte er ausdrücklich,

[...] dass wir nicht das tun konnten, was wir gern getan hätten: den Namensausschüssen der Bezirke ein wesentlich umfangreicheres Material zur Verfügung zu stellen, vor allem alle älteren Namendokumente aus Archiven und alle bisherigen Nameninterpretationen (hauptsächlich der deutschen). Dieses Idealziel hätte jedoch einen größeren Mitarbeiterstab und viel Zeit erfordert. Wir hatten jedoch weder genügend Mitarbeiter noch genügend Zeit: Die Forderungen der Kartografen, vor allem der militärischen, waren streng und mussten rechtzeitig erfüllt werden.<sup>63</sup>

Deshalb habe man sich auf die Informationen verlassen müssen, die Archivare, Historiker und Philologen in den Namensausschüssen der Bezirke lieferten, die nicht immer zuverlässig gewesen seien,

[...] wie überhaupt die Ungleichheit der Bezirksausschüsse uns große Sorgen bereitete. Unter ihnen gab es alle Abstufungen [...]. Einige Unterschiede waren selbstverständlich eine Folge der dehnbaren Richtlinien: In einigen Bezirken gab man bei dem Austausch der deutschen Namen Übersetzungen den Vorrang, in anderen Bezirken eher eigenständigen Namensgebungen. Wenn die Vorschläge den Grundsätzen nicht direkt widersprachen, griffen wir als Kommission nicht ein, denn eine völlige Einheitlichkeit war auch nicht unser Idealziel. Wir waren uns bewusst, dass es schneller und bequemer gewesen wäre und zu einem runderen Ergebnis geführt hätte, wenn wir ein einheitliches System ausgearbeitet und selbst neue Namen vorgeschrieben hätten. – Dann hätten wir aber die Hoffnung aufgeben müssen, die Zustimmung der örtlichen Akteure zu erhalten, und die ganze Aktion wäre umsonst gewesen: Diese Terminologie hätte sich kaum eingebürgert.<sup>64</sup>

Doch insgesamt gelangte Šmilauer zu einer positiven Einschätzung der Ergebnisse:

Die Nachteile [der jetzigen Praxis, M.H.] wiegt jedoch die Tatsache auf, dass wir nun eine ausgearbeitete und fertige Terminologie haben [...]. Wir haben jetzt erstmals ein schriftliches Verzeichnis aller unserer wichtigsten Berge, Flüsse und Bäche, Teiche, Wälder, Täler, Burgen mit der genauen Angabe, wo sie liegen, welche Namen älter, welche jünger sind. Dieses umfangreiche Namenmaterial wird zu einem wertvollen Gegenstand der philologischen Forschung werden. Diese Terminologie wird in alle militärischen und zivilen Karten eingehen, und wir freuen uns, dass sie auch die Vereinheitlichung der Bezeichnungen in Reiseführern ermöglichen wird.<sup>65</sup>

Die Arbeit der Kommission, die formal dem SZKÚ, fachlich aber der Tschechischen Akademie der Wissenschaften und Künste und ab 1953 der ČSAV bezie-

<sup>61</sup> Für das gesamte Staatsgebiet wurde die Arbeit erst 1969 abgeschlossen.

<sup>62</sup> Šmilauer: Revize českých pomístních jmen (vgl. Anm. 11).

<sup>63</sup> *Ebenda.*

<sup>64</sup> *Ebenda.*

<sup>65</sup> *Ebenda.*

hungsweise deren drei Arbeitsstellen, dem Kabinett für Kartografie, dem Institut für Orientalistik und dem Institut für Tschechische Sprache unterstellt war, zielte nicht nur auf die Änderung von Namen, die – noch einer Definition aus der Ersten Republik folgend – mit den „Feinden der Nation“ verbunden waren, sondern es ging um eine „endgültige“ und vollständige Tschechisierung der Landschaft. Das Hauptprinzip lautete dabei, die Landschaft von den Namen ihrer ehemaligen Bewohner zu „befreien“.<sup>66</sup> Angesichts dessen, dass in weiten Teilen der Grenzgebiete ein vollständiger Bevölkerungsaustausch stattgefunden hatte, war die Motivation, die deutschen Namen zu erhalten, gering bzw. überhaupt nicht vorhanden. Die Bezirksausschüsse griffen bei der Schaffung neuer Namen in den meisten Fällen auf Übersetzungen der alten deutschen Namen zurück. Dadurch wurde wenigstens eine semantische Kontinuität auch in der neuen tschechischen Terminologie aufrechterhalten. Václav Lábus erklärt die Vorgehensweise wie folgt:

[...] dort, wo es nicht möglich war, eine Übersetzung zu benutzen, griffen die Kommissionsmitglieder ein und schlugen einen neuen, künstlichen Namen vor. Dazu kam es, wenn die deutschen Ortsbezeichnungen unverständlich waren (z. B. *Farbenberg* – *Bučina*, „Farbe“ geht hier auf eine dialektale Form des Wortes Farn zurück und nicht auf Farbe), oder wenn sie einen Personennamen enthielten. Zumeist handelte es sich um die ursprünglichen Besitzer oder Verwalter des Grundstücks. Angesichts aller Ereignisse und Wechsel in den vierziger und fünfziger Jahren war es äußerst unangebracht, diese Namen beizubehalten (z. B. *Seibthübel* – *Slovanka*). Sofern die tschechischen Namen, die schon vor 1950 aufgekommen waren, organisch entstanden waren und den Grundsätzen der Kommission entsprachen, blieben sie erhalten (z. B. *Smrk*, *Smědá* und viele andere). Die Kommissionsmitglieder bildeten die neuen Namen üblicherweise aus zeitlich und örtlich neutralen Ausdrücken, das heißt, sie benutzten nur solche Sprachinstrumente, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts lebendig waren.<sup>67</sup>

Dass den Beteiligten daran gelegen war, zu einem ebenso alltagstauglichen wie soliden Ergebnis zu gelangen, zeigen die Forderungen, die an die Kommission herangetragen wurden: So hatte die Militärverwaltung im Rahmen der Tätigkeit der ersten Kartografischen Namenkommission bereits eine Differenzierung der Namen verlangt. Zum Beispiel wurde im Isergebirge (*Jizerské hory*) zwischen Schwarzenberg = *Černá hora*, Schwarzer Berg = *Černý vrch*, Schwarz Berg = *Kančí vrch* unterschieden. Die Hydrologen forderten wiederum, dass alle Wasserläufe bis zur sechsten Größenordnung auf ihrer gesamten Länge einen einzigen Namen tragen sollten, während die Sprachwissenschaftler betonten, dass Orts- und Flurnamen ein einheitliches Ganzes bilden sollten und sich die Historiker für die Beibehaltung der

---

<sup>66</sup> Während der Debatte über die Gestaltung der Flurnamen im Riesengebirge am 3. Januar 1952 machte Letošník die Namenkommission darauf aufmerksam, dass „bei der Revision der Ortsnamen die Eigentumsnamen wie *Špindlerův Mlýn* (Spindlermühle) beibehalten werden sollten, sofern sie sich eingebürgert hatten und mindestens eine hundertjährige Tradition haben. Der Dringlichkeit wegen werden auch Namen aus der Zeit vor 1904 beibehalten; Namen, die jedoch erstmals im Lexikon von 1916 aufgeführt wurden, werden durch geografische Bezeichnungen ersetzt.“ ÚAZK, Fond *Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise*.

<sup>67</sup> Lábus: *K historii českých jmen v Jizerských horách* (vgl. Anm. 50). Hervorhebung im Original.

deutschen Namen bei Burgen und Festungen aussprachen.<sup>68</sup> Bei der Schöpfung und Korrektur der Namen im Landesinneren bemühte sich die Kommission, so weit wie möglich die bereits eingebürgerten Namen beizubehalten.<sup>69</sup>

#### *Thesen zum Wandel der Flurnamen*

Der Umbenennung der Landschaft ist in einem breiteren historischen Kontext zu sehen: Sie ging einher mit der Besetzung des öffentlichen Raumes mit zeitgenössischen tschechischen bzw. tschechoslowakischen Nationalsymbolen.<sup>70</sup> Ihnen mussten ältere, also deutsche Symbole, insbesondere Denkmäler, Büsten und Friedhöfe, weichen. Die Landschaft verlor nicht nur ihre historische Benennung und damit einen wichtigen Teil ihres historischen Gedächtnisses, mit der Zeit nahm sie auch eine andere Gestalt an, was an natürlichen wie künstlichen sozio-kulturellen Prozessen lag, etwa der forcierten Industrialisierung, der Entstehung neuer Siedlungen und der verstärkten Urbanisierung – aber auch an der Verschmutzung und Vernichtung von Naturressourcen.<sup>71</sup>

Die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und die darauffolgende „militärische“ und „wissenschaftliche“ Umbenennung der Landschaft bildeten allerdings den Ausgangspunkt für den toponomastischen Wandel in den böhmischen Ländern. An die 30 000 Flurnamen wurden revidiert. Unter der Leitung der 1946 und 1951 gegründeten Namenkommissionen kam es zur Umbenennung und Revision von zirka 23 000 Flurnamen vor allem in den böhmischen, mährischen und schlesischen Grenzgebieten. Erst diese „doppelte“ Änderung führte zum definitiven Ende der zweisprachigen Benennung der Landschaft in den böhmischen Ländern und insbesondere in deren Grenzgebieten. Man kann davon ausgehen, dass die Mehrheit der tschechischen Bevölkerung die Umbenennungen seinerzeit für gerecht und selbstverständlich hielt; heute ahnen die meisten Erwachsenen in der Tschechischen Republik nicht einmal, dass viele Orte in ihrem Land vor gerade einmal 70 Jahren andere – deutsche oder polnische – Namen trugen.

Den Sprachwissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften kam nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung und in der Zeit der „endgültigen Säuberung der slawischen Landschaft“ eine herausragende politische Funktion zu. Indem sie die Umbenennungen „verwissenschaftlichten“, erwiesen sie sich für den sich transformierenden Staat nachgerade als unentbehrlich.<sup>72</sup>

<sup>68</sup> *Ebenda.*

<sup>69</sup> *Ebenda.*

<sup>70</sup> *Wingfield*, Nancy M.: The Politics of Memory: Constructing National Identity in the Czech Lands, 1945 to 1948. In: *East European Politics and Societies* 14 (2000) 246-267.

<sup>71</sup> Zur den Veränderungen der Landschaft nach 1945 in Langzeitperspektive: *Glassheim*, Eagle: Etnické čistky, komunismus a devastace životního prostředí. Vytváření nové identity severočeského pohraničí 1945-1948 [Ethnische Säuberungen, Kommunismus und die Zerstörung der Umwelt. Die Bildung einer neuen Identität im nordböhmischen Grenzland 1945-1948]. In: *Soudobé Dějiny* 12 (2005) H. 3-4, 432-464.

<sup>72</sup> Diese lässt sich in gewisser Weise mit der Rolle der Elektrotechniker während der Vereinheitlichung des Elektrifizierungsprojektes in der Ersten Tschechoslowakischen Republik oder jüngst mit der der Archivare im Restituierungsprozess der neunziger Jahre vergleiche.

Aus der Sicht der frühen Nachkriegszeit ist das Projekt der Umbenennung der „tschechischen“ Landschaft gelungen. Der Prozess lief gänzlich ohne öffentliche Diskussionen ab. Dennoch hielten ihn die beteiligten Namenkommissionen für demokratisch, was sich wohl nur mit dem Verweis auf das damals herrschende politische System und Denken erklären lässt. Denn nur in einem totalitären System kann ein Genehmigungsverfahren, das mehrere Instanzen passieren muss, mit Demokratie verwechselt werden. Ein Bemühen um gewisse demokratische Elemente lässt sich eher indirekt in der Arbeit der von Šmilauer und Honl geleiteten Kommission erkennen, denen es ein Anliegen war, bei der Schaffung neuer oder altneuer Flurnamen auf „die Volkstümlichkeit, die Historizität“ und die Nähe zum örtlichen Dialekt zu achten. Der Kommissionsvorsitzende charakterisierte das Resultat wie folgt: „Die Arbeitsergebnisse waren in möglichst hohem Maße auf den Volksusus gestützt, jedoch erhoben in den schriftsprachlichen Bereich.“<sup>73</sup>

*Die Umbenennung von Gemeinden durch die Namenkommission  
des Innenministeriums*

Auch bei der Änderung von Gemeindenamen konnte nach 1945 auf die Arbeit aus der Vorkriegszeit zurückgegriffen werden. Der Übergang gestaltete sich geradezu fließend, da bereits eine Kommission zur Umbenennung von Orten existierte. Einen besonders aufschlussreichen Einblick in die „toponomastische Arbeit“ des Innenministeriums, in dessen Kompetenz die Genehmigung der Ortsnamen fiel, geben der Nachlass des Archivars und Beamten des Innenministeriums Václav Letošník sowie zum Teil auch die Protokolle der oben vorgestellten Kommission für kartografische Toponomastik. Aus der Analyse dieser Materialien ergibt sich, dass der Umbenennungsprozess der tschechischen, mährischen und schlesischen Orte und Fluren nach Ressorts getrennt ablief und zumindest anfänglich keine erkennbare Zusammenarbeit zwischen dem Innen- und dem Verteidigungsministerium bzw. dem Militärinstitut für Kartografie stattfand. So stellte auch der Vertreter des Innenministeriums, Oberrat František Novotný, auf der ersten Sitzung der Kommission für kartografische Toponomastik im August 1946 fest, dass das Innenministerium bereits intensiv an der Revision der Ortsnamen arbeite, wengleich die Zusammenarbeit mit den lokalen Nationalausschüssen „schwer“ sei.<sup>74</sup> Erst nach dieser Sitzung wurde eine Koordinierung der Tätigkeit beider Ressorts vereinbart und ein Vertreter der Kommission für kartografische Toponomastik als Beobachter in die Namenkommission des Innenministeriums entsandt. Das wichtigste Prinzip der am Innenministerium angesiedelten Namenkommission bestand laut Novotný darin, bei der Bezeichnung von Gemeinden auf Personennamen zu verzichten. Desweiteren gab

---

chen. – *Kostlán*, Antonín (Hg.): *Věda v Československu v období normalizace (1970-1975)* [Die Wissenschaft in der Tschechoslowakei in der Zeit der Normalisierung (1970-1975)]. Praha 2002.

<sup>73</sup> ÚAZK, Fond Názvoslovná komise kartografická a Názvoslovná komise, Protokoll der ersten (konstituierenden) Sitzung der Toponomastischen Kommission vom 22.11.1951.

<sup>74</sup> *Ebenda*.

Novotný auf der oben erwähnten Sitzung der Kartografischen Kommission vom August 1946 bekannt, dass die Kommission im Fall von zweisprachigen Ortsnamen „alle deutschen Ortsnamen annulliert und nur die tschechischen beibehält“.<sup>75</sup>

Václav Letošník bemühte sich, dem Umwandlungsprozess der Ortsnamen feste „politisch-philologische“ Grundsätze zu verleihen; diese konnten in der Praxis jedoch nicht immer eingehalten werden. Bei seiner Arbeit ließ er sich von folgenden Prinzipien leiten: Erstens ging er davon aus, dass die tschechische Bevölkerung, die neu in die Gebiete gekommen war, aus denen die deutschen Einwohner ausgesiedelt worden waren, nicht die deutschen Ortsnamen benutze. Zweitens verlangte er, auch für Gemeinden, die nach 1920 keinen tschechischen Namen mit amtlicher Gültigkeit gehabt hatten, weiter nach tschechischen historischen Namen zu suchen. Sofern sich keine älteren tschechischen Namen finden ließen, hielt er tschechische Flurnamen aus der näheren Umgebung einstmals deutscher Gemeinden für einen guten Ersatz für die deutschen Ortsnamen. Weiter war er der Überzeugung, dass der formale Prozess der Tschechisierung der deutschen Namen nicht ausreiche, da „dieser den Tendenzen der Zeit, der sprachlichen Reinheit und auch dem amtlichen Interesse“ widerspräche, dessen Ziel die Entfernung aller deutschen Namen sein müsse. Deutsche Namen könnten zwar in der tschechischen Übersetzung erhalten bleiben, wodurch historische Kontinuität bewahrt werde, allerdings mit der Ausnahme all jener Fälle, in denen sich der ursprüngliche Name von dem (deutschen) Begründer bzw. Besitzer einer Lokalität ableite. Die Übersetzungen der ursprünglichen deutschen Namen sollten bevorzugt werden, sofern sie die natürliche, geografische oder gegebenenfalls historische Wirklichkeit sachlich zutreffend wiedergäben. Und schließlich hielt Letošník auch die Schaffung völlig neuer tschechischer Namen für zulässig, beispielsweise aufgrund der Eigennamen von Neusiedlern.<sup>76</sup>

Die Vorschläge, die das Innenministerium den beteiligten Institutionen (unter anderem den lokalen und Bezirksnationalausschüssen) zur Kommentierung vorlegte, wurden zuvor von der Ortsnamenkommission der ČAVU unter historischen, topografischen und philologischen Gesichtspunkten eingehend geprüft. Neben den beiden Mitarbeitern des Innenministeriums, František Novotný und Václav Letošník, trug Antonín Profous, der Mitglied der Ortsnamenkommission und bereits nach 1918 an der amtlichen Revision der Ortsnamen beteiligt gewesen war, den Hauptanteil an dieser Arbeit. Doch anders als in der Zwischenkriegszeit war er nun im Rang eines bezahlten „philologischen Beraters“ des Innenministeriums tätig.<sup>77</sup>

In der ersten Phase der Änderung deutscher Ortsnamen ging es Václav Letošník zufolge um die Revision von 510 Ortsnamen.<sup>78</sup> Ivan Luterer sprach von einer „Revision von 520 Gemeindebezeichnungen in deutscher Sprache mit Ausnahme jener Namen, die schon vor langer Zeit dem Tschechischen angepasst worden seien (z. B. Karlštejn (Karlstein), Nymburk (Nimburg), Žamberk (Senftenberg)), und von

---

<sup>75</sup> *Ebenda.*

<sup>76</sup> *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 2, 1-9 (vgl. Anm. 9).

<sup>77</sup> *Ebenda.*

<sup>78</sup> *Ebenda.*

60 weiteren Namen in tschechischer Sprache, die das Attribut ‚Německý‘ (Deutsch-) trugen“.<sup>79</sup>

Einen Sonderfall stellte die Umbenennung von Německý Brod (Deutsch-Brod) in Havlíčkův Brod dar. Der neue Name war bereits am 5. Mai 1945 vom lokalen Revolutionären Nationalausschuss eingeführt worden, der am 21. August schließlich die Ortsnamenkommission um die nachträgliche Genehmigung des Namens bat. Aus der Stellungnahme des Oberrates František Novotný geht hervor, dass das Ministerium das Anliegen der Stadt, sich einen neuen Namen zu geben, grundsätzlich begrüßte, da dies

[...] im Einklang mit der Resolution des Präsidenten und der Regierungsmitglieder steht, wonach alles entfernt werden soll, was an die Vorherrschaft des deutschen Elements in unseren Ländern erinnert, und darauf zielt, den bisherigen amtlichen Namen der Stadt auf eine angebrachte Weise zu ändern. [Das Innenministerium, M.H.] ist der Ansicht, dass auch ähnliche Wünsche anderer Städte beurteilt werden müssen, die ebenfalls nach einer Entfernung der Erinnerungen an die deutsche Kolonisation streben, deren Folgen zur Zeit auch mit anderen Mitteln beseitigt werden.<sup>80</sup>

Von dem gewählten Namen Havlíčkův Brod, der sich auf den tschechischen Schriftsteller und nationalen „Erwecker“ Karel Havlíček Borovský bezog, zeigte man sich allerdings nicht gerade begeistert:

Es geht nur darum, dass die neuen Attribute nicht zu Lasten der Qualität von anderen Ortsnamen, insbesondere im Hinblick auf die Dauerhaftigkeit, geraten. Diese Gefahr droht insbesondere bei Umbenennungen von Gemeinden nach verdienten Persönlichkeiten, auch wenn diese eine bestimmte Beziehung zur Gemeinde hatten. Die Bedeutung persönlicher Verdienste wird nämlich zu verschiedenen Zeiten nicht immer gleich bewertet.<sup>81</sup>

Václav Letošník führt in seiner Studie über die „Entdeutschung“ der böhmischen Ortsnamen an, dass „die Entfernung der Attribute nicht explizit angeordnet wurde, jedoch in formaler Hinsicht eine Folge des allgemeinen Strebens nach einer Entdeutschung war und die örtliche Bevölkerung „das Attribut als einen beklemmenden Schandfleck wahrnahm und seine Entfernung wünschte“.<sup>82</sup> So ist es nicht verwunderlich, dass auch neue tschechische Selbstverwaltungen von Orten, deren Namen den Zeitgenossen allzu deutsch klangen, schon 1945 eine rasche Neubenennung forderten: darunter Rabštejn nad Střelou (Rabenstein an der Schnellla), Šejdov oder Manderšejd-Chrást (heute nur Chrást).<sup>83</sup> Nur eine einzige Gemeinde hält bis heute an dem Attribut „Německý“ in ihrem Namen fest, das ist Německý Chloumek (Deutsch Kilmes), heute ein Teil der Stadt Bochoř (Buchau) im Bezirk Karlovy Vary (Karlsbad).<sup>84</sup>

Die Akten aus dem Nachlass des Archivars Václav Letošník vermitteln ein lebendiges, detailreiches Bild vom Ablauf der Umbenennungen.<sup>85</sup> Allerdings müssen wir berücksichtigen, dass hier allein Letošníks Sicht der Dinge erscheint. Ihm zufolge gab

<sup>79</sup> Lutterer: Úprava českých místních jmen s přívlastkem „Německý“ 729 (vgl. Anm. 7).

<sup>80</sup> *Ebenda.*

<sup>81</sup> *Ebenda.*

<sup>82</sup> Letošník: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 4 (vgl. Anm. 9).

<sup>83</sup> *Ebenda.*

<sup>84</sup> *Ebenda.*

<sup>85</sup> NA, Pozůstalost Václava Letošníka, Kart. 3.

es bei der Umbenennung zwar eine formale ministerielle Arbeitsteilung, doch habe die gesamte administrative und zum Teil auch die fachliche Arbeit allein in seinen Händen gelegen.

Letošník erstellte zu jedem der alphabetisch geordneten Ortsnamen eine Tabelle, in der er alle historisch bekannten Bezeichnungen vermerkte, die er entweder dank der Expertise von Antonín Profous oder durch eigene historisch-etymologische Forschungen ermittelt hatte. Zudem trug er alle neuen Vorschläge für die Umbenennung einer Gemeinde ein. Die Tabelle hielt die Informationen in der nachfolgenden Reihenfolge bereit: 1. gegenwärtiger (d. h. deutscher) Name der Stadt; 2. ältester historisch belegter Name; 3. (etymologische) Erklärung des Namens; 4. existierende Analogien; 5. alle Vorschläge für neue Namen – zunächst die von ministerieller Seite, dann diejenigen der lokalen Nationalausschüsse, der Bezirksnationalausschüsse, der Landesnationalausschüsse, des Militärinstituts für Kartografie, des Landesvermessungsamtes, des Ministeriums für Postwesen und des Ministeriums für Verkehrswesen. Erst nach der Sichtung dieses gesamten Materials wurde auf institutioneller Ebene die Entscheidung über den endgültigen tschechischen Namen getroffen. Dabei nahm man durchaus Rücksicht auf die Wünsche der Neusiedler. Im Fall der Gemeinde Ahrendorf im damaligen Bezirk Kadaň (Kaaßen) setzte sich zum Beispiel der Vorschlag „Pavlov“ durch. Dieser Name ging auf den ersten Neusiedler zurück, der nach Kriegsende in den Ort gekommen war. Oft wurde jedoch auch der ursprüngliche deutsche Gemeindegname berücksichtigt. So erhielt die Siedlung Aubach, gleichfalls im Bezirk Kadaň, den Namen Lužný (luh = die Au). Ebenso üblich war, dass der neue Name von dem deutschen abgeleitet wurde und einen slawischen Klang etwa durch die Hinzufügung einer tschechisch anmutenden Endung erhielt. Nicht immer war die Verbindung dabei offensichtlich: So wurde der Ortsteil Arletzgrün im Bezirk Jáchymov (Joachimstal) beispielsweise in Arnoldov umbenannt, wo aber die klangliche Verwandtschaft doch sehr vage war! Einige neue Namen wurden auch in freier Anlehnung an lokale historisch-archäologische Merkmale geschaffen. Aus der Gemeinde Brunzeif im Bezirk Rýmařov (Römerstadt) wurde Rýžoviště, da Historiker zahlreiche mittelalterliche Zeugnisse von Goldwäscherei in dem Ort gefunden hatten. Ein anderer Vorschlag lautete auf den Namen Brunův potok, der sich vom Stifter bzw. Begründer der Siedlung, dem Olmützer Bischof Bruno ableitete. Dieser konnte sich jedoch nicht durchsetzen.<sup>86</sup>

#### *Thesen zum Wandel der Ortsnamen*

Der rechtliche Grundstein für die Revision der Ortsnamen in den böhmischen Ländern wurde bereits zu Anfang der zwanziger Jahre gelegt. Ihren Höhepunkt erreichte die Tschechisierung der Ortsnamen aber erst nach dem Ende der deutschen Okkupation; zwischen 1945 und 1949 wurden die meisten Umbenennungen durchgeführt. In dieser Zeit wurde der legislative Ansatz, der für die Erste Republik charakteristisch gewesen war, durch einen bürokratischen ersetzt, wodurch die Politik der Benennung von Orten deutlich an Legitimität verlor.

<sup>86</sup> NA, Pozůstalost Václava Letošníka, Kart. 3.

Der grundlegende Wandel der Ortsnamen vollzog sich nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung, die das Ende von zirka 3 000 Gemeinden, Ortsteilen und Einsiedeleien zur Folge hatte. Die Namen der verbliebenen über 500 deutschen Gemeinden wurden bis zum Anfang der fünfziger Jahre tschechisiert bzw. abgeändert. Die Schaffung der neuen tschechischen Ortsnamen stand zwar unter der fachlichen Aufsicht von tschechischen Archivaren und Sprachwissenschaftlern, dennoch liefen die Entscheidungsprozesse oft willkürlich ab. Die Folge war die Abnahme der Vielfalt von historischen Ortsnamen. Der Wandel der Ortsnamen beruhte in erster Linie auf der Aufhebung der ursprünglichen Namen, die damit begründet wurde, dass man „von der tschechischen Bevölkerung nicht verlangen [könne], dass sie deutsche Namen benutzt, die sie nicht versteht“.<sup>87</sup>

#### *Die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Arealen nach 1945*

Auch nach 1945 verfügten die Gemeinden bei der Entscheidung über Straßennamen und Namen öffentlicher Areale über eine große Autonomie, diese war in dem weiterhin gültigen Gesetz Nr. 266 vom April 1920, Paragraph 10, verankert. Gleichwohl versuchten die zentralstaatlichen Instanzen, darunter insbesondere das Innenministerium, mit Hilfe von Bekanntmachungen, Empfehlungen, Zirkularen und Erlassen in diese Entscheidungsprozesse einzugreifen. Dies lässt sich an zwei Beispielen aus einem Archivbestand des Prager Innenministeriums, in dem sich die Anträge der Gemeinden auf Umbenennungen von Straßen und öffentlichen Arealen befinden, besonders gut verdeutlichen.<sup>88</sup>

Im ersten Fall forderte das Innenministerium auf Bitte der so genannten „Sokolov-Kommission“ dazu auf, aus Anlass des fünften Jahrestages der Kämpfe bei Sokolov (Falkenau), die am 8. März 1943 stattgefunden hatten, Straßen in „Städten und Dörfern“ in Sokolovská (Sokolovo-Straße) umzubenennen. „Der Ausschuss erwartet“, heißt es in einem Schreiben des Innenministeriums, dass „diese Initiative, die sicher für die Verbreitung unserer kämpferischen Tradition von Bedeutung ist,

<sup>87</sup> *Letošník*: Odněmčení našeho místního názvosloví, Nr. 1, 4 (vgl. Anm. 9).

<sup>88</sup> NA, Fond Ministerstvo vnitra, MV-I, NR, Kart. 4977. Dieser Bestand enthält alle Anträge auf Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen tschechischer, mährischer und schlesischer Selbstverwaltungen nach 1945. Diese mussten beim Landesnationalausschuss zwar lediglich eine Genehmigung für die Umbenennung der nach lebenden Personen benannten Straßen beantragen, manche Gemeinden schickten dennoch vollständige Listen aller umzubenennenden Straßen und Gelände. In manchen Städten wurden sämtliche Straßen und Plätze umbenannt. Im Rahmen dieser Studie wurden die Anträge der folgenden 28 Gemeinden untersucht: Havlíčkův Brod (Deutschbrod), Beroun (Beraun), Ostrava (Mährisch-Ostrau), Hradec Králové (Königgrätz), Vrchlabí (Hohenelbe), Mariánské Lázně (Marienbad), Plzeň (Pilsen), Červený Kostelec (Roth-Kosteletz), Kladno (Kladno), Libušín (Libuschin), Odry (Odrau), Bílovec (Wagstadt), Klímkovice (Königsberg), Svitavy (Zwittau), Mnichovice (Mnichowitz), Nová Bystřice (Neu-Bistritz), Louny (Laun), Vimperk (Winterberg), Jirkov (Görkau), Bečov nad Teplou (Petschau), Blansko (Blansko), Bohumín (Oderberg), Brandýs nad Labem (Brandeis an der Elbe), Březová nad Svitavou (Brüsau), Čížkovice (Tschischkowitz), okres Litoměřice (Kreis Leitmeritz), Hrádek nad Nisou (Grottau), Liberec (Reichenberg), Pardubice (Pardubitz) und Polubný (Polaun), okres Jablonec nad Nisou (Kreis Gablonz an der Neiße).

auf Verständnis bei Repräsentanten der Volksverwaltung stößt“ und dass all jene Straßen umbenannt werden, die „nicht die Namen von bedeutenden Persönlichkeiten unserer Nation oder mit unserer Nation befreundeter Staaten tragen“. <sup>89</sup>

Im zweiten Fall veröffentlichten die Bezirksverwaltungscommissionen auf Geheiß des Innenministeriums am 10. Oktober 1946 eine Bekanntmachung, in der sie die Bezirksnationalausschüsse zur Entfernung „unangemessener“ Namen von Straßen und öffentlichen Arealen aufforderten. In dieser Bekanntmachung heißt es:

Die Erneuerung der Verfassung und die neue rechtliche Stellung der Deutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien erfordern, dass auch die Benennung von Straßen und öffentlichen Geländen im Einklang mit diesen Veränderungen steht. Das Innenministerium fordert daher, dass – falls dies noch nicht geschehen ist – in allen Gemeinden die Namen von Straßen, Plätzen, Gärten etc., die an die Zeit der Unfreiheit, des Nationalsozialismus und dessen Repräsentanten und überhaupt an die Germanisierung und das Deutschtum erinnern, umgehend entfernt und durch neue angemessene Namen ersetzt werden. <sup>90</sup>

Die Neubenennung von Straßen lag in der Kompetenz der lokalen Nationalausschüsse oder der Verwaltungskommissionen, die dazu verpflichtet waren, ihre Entscheidung binnen einer Frist von acht Tagen dem Bezirksnationalausschuss bzw. im Fall von Städten mit eigenen Statuten dem Landesnationalausschuss vorzulegen. Diese Instanzen achteten darauf, dass die Neubenennungen den politischen Vorgaben entsprachen, wobei empfohlen wurde, für die Benennung nach „lebenden Staatsoberhäuptern“ nur „die besten öffentlichen Gelände“ auszuwählen. <sup>91</sup> Die Bezirks- bzw. Landesnationalausschüsse legten dem Innenministerium die Anträge auf Umbenennung dann zur Genehmigung vor.

Beide hier kurz skizzierten Fälle machen deutlich, dass die Selbstverwaltungen bei der Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach 1945 eher den passiven Part einnahmen. Die ideologisch-bürokratisch ausgerichtete staatliche Verwaltung kam den Selbstverwaltungen zuvor und brachte sie damit um ihre Entscheidungskompetenz. Die Rolle der Selbstverwaltungen im damaligen politisch-gesellschaftlichen System darf nicht überbewertet werden, da diese weder parteipolitisch noch personell oder formal an die Vorkriegszeit anknüpften. <sup>92</sup> Das „Revolutionäre“

<sup>89</sup> NA, Fond Ministerstvo vnitra, MV-I, NR, Kart. 4977. – Ähnlich war die Vorgehensweise auch in der Slowakei, wo der Beauftragte für Inneres im Januar 1946 die Umbenennung wichtiger Straßen und öffentlicher Gelände in slowakischen Städten initiierte. Die Straßen und Plätze sollten vor allem nach dem Slowakischen Nationalaufstand und dem 29. August (am 29. August 1944 war der Slowakische Nationalaufstand ausgerufen worden) benannt werden; „außerdem soll das Gedenken unseres Nationalkünstlers Janko Jesenský verewigt werden. Über die Umsetzung dieser Anweisung soll binnen 30 Tage ein Bericht erstattet werden.“ *Ebenda*.

<sup>90</sup> *Ebenda*.

<sup>91</sup> *Ebenda*.

<sup>92</sup> Dazu *Žatkuliak, Josef: Národné výbory – mocenský nástroj premeny spoločnosti* [Die Nationalausschüsse – ein Machtinstrument zur Veränderung der Gesellschaft]. In: *Šedivý, Ivan/Němeček, Jan/Kocian, Jirí/Tůma, Oldřich* (Hgg.): 1948. Únor 1948 v Československu: Nástup komunistické totality a proměny společnosti [1948. Der Februar 1948 in der Tschechoslowakei: Der Aufstieg des kommunistischen Totalitarismus und die Veränderungen der Gesellschaft]. Praha 2011, 93-102.

der damaligen Zeit bestand gerade in der institutionellen Diskontinuität und in der rechtlichen und bürokratischen Willkür. Die Arbeit der Selbstverwaltungen beruhte daher nicht auf den Konzepten der Vorkriegszeit, vielmehr ging es ihnen darum, das „vergangene Unrecht“ durch die Bestrafung der „Verräter“ zu vergelten und so schnell wie möglich frei gewordenes Eigentum sicherzustellen. Diesem Arbeitsauftrag entsprach auch die neue Bezeichnung der Selbstverwaltungen als Nationalausschüsse. Die Umbenennung des öffentlichen Raums nach lebenden und toten Helden des gewonnenen Krieges stellte zwar weder die wichtigste noch die schwierigste Aufgabe dar, da sie weder intellektuell noch logistisch anspruchsvoll war. Gleichwohl hatte sie politische Bedeutung, konnte sie doch für den Moment wichtige symbolische Zeichen setzen. Auf die Frustration, die durch die Okkupation ausgelöst worden war, als jede öffentliche Tätigkeit unterdrückt, tabuisiert oder zumindest streng kontrolliert worden war, folgte nun die „freie“ oder besser gesagt: straf-freie Aneignung des öffentlichen Raums und überwiegend auch des Eigentums auf einem Territorium, das zu keinem Zeitpunkt rein tschechisch gewesen war.<sup>93</sup>

Unmittelbar nach dem Ende der deutschen Okkupation stellten die Selbstverwaltungen vor allem Anträge auf die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach lebenden Staatsmännern, an erster Stelle nach Präsident Beneš und Marschall Stalin. Edvard Beneš erlebte somit eine zweite Welle öffentlicher Beliebtheit: Nach seinem Amtsantritt als Präsident im Jahre 1935 war er von zahlreichen tschechischen und mährischen Städten zum Ehrenbürger ernannt worden, nach dem Mai 1945 wurden wiederum zahlreiche Hauptstraßen nach ihm benannt. Anfangs genehmigte Beneš die entsprechenden Anträge ohne Einwände. So zeigte er sich beispielsweise keineswegs irritiert, dass die Tyršova (Tyrš-Straße) in Beroun (Beraun) oder die Švehlova (Švehla-Straße) in Rychnov nad Kněžnou (Reichenau an der Kněžna) künftig seinen Namen tragen sollten.<sup>94</sup> Schließlich fühlte er sich aber doch unwohl, seinen Namen an die Stelle anerkannter „politischer Erwecker“ rücken zu sehen. Eine Wende brachte in dieser Hinsicht die Entscheidung der Stadt Hradec Králové (Königgrätz) vom April 1946, den früheren Riegrovo náměstí (Rieger-Platz) in Benešovo náměstí (Beneš-Platz) umzubenennen. Die Präsidentenkanzlei teilte der Stadtverwaltung Hradec Králové in gewundenen Worten mit, dass der „Präsident zwar über die wohlwollende Aufmerksamkeit erfreut“ sei, bei der Entscheidung über die Annahme dieser Ehre

[...] jedoch die Tatsache in Betracht gezogen hat, dass der Platz bisher den Namen einer Persönlichkeit trägt, die sich durch ihre Arbeit zum Wohle unserer Nation allgemeine Anerkennung erworben hat und auch in unserem neuen Geschichtsabschnitt unumstritten zu den wenigen politischen Erweckern gehört, deren unbestreitbare Bedeutung ungeachtet einer langen, wechselvollen und ereignisreichen Entwicklung unserer Nation in den vergangenen fünfzig Jahren unerschütterlich bleibt.<sup>95</sup>

<sup>93</sup> Wingfield: *The Politics of Memory* 246-267 (vgl. Anm. 70). – Vgl. auch *dies.*: *Flag Wars* 277-287 (vgl. Anm. 20). – Auch: Pokorný, Jiří: *Für ewige Zeiten* (1995-1962). Das Stalin-Denkmal in Prag. In: *Unfried*, Berthold (Hg.): *Spuren des „Realsozialismus“ in Böhmen und der Slowakei*. Wien 1996, 41-51.

<sup>94</sup> NA, Fond Ministerstvo vnitra MV-I, NR, Kart. 4977.

<sup>95</sup> *Ebenda*.

Die Präsidentenkanzlei lehnte den Antrag daher im April 1947 zunächst ab; zudem nahm sie den Fall zum Anlass, das Genehmigungsverfahren zu verändern. Sie verlangte vom Innenministerium, künftig die Zustimmung zur Umbenennung öffentlicher Gelände, die Namen „bedeutender tschechoslowakischer Politiker aus der vorangegangenen Zeit tragen“,<sup>96</sup> vorab bei ihr einzuholen.

Doch die Verantwortlichen in Hradec Králové ließen nicht locker. Sie teilten der Präsidentenkanzlei mit, dass eine Straße in der Schlesischen Vorstadt von Hradec Králové den Namen František Ladislav Riegers erhalten habe. Daraufhin änderte Beneš seine Meinung und stimmte der Umbenennung des Riegrovo náměstí schließlich doch noch zu. In Hradec Králové wurden praktisch alle Hauptstraßen umbenannt, wodurch zahlreiche Namen aus dem öffentlichen Raum verschwanden, beispielsweise der des Volkchronisten František Vavák, während andere nun gehäuft auftraten wie der Edvard Beneš – zumindest in den folgenden drei Jahren.<sup>97</sup>

In den Jahren 1945 und 1946 wurden zudem zahlreiche Anträge auf Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen nach Marschall (später Generalissimus) Stalin gestellt. Hierbei ergab sich das Problem, dass Stalin formal kein Staatsoberhaupt war und daher nach tschechoslowakischem Recht eine vorherige Genehmigung gar nicht notwendig gewesen wäre. Allerdings bestand die sowjetische Seite auf der Vorlage des Antrages einschließlich einer kurzen Geschichte der Gemeinde auf Russisch. Aus diesem Grund wurden die Anträge im Innenministerium ins Russische übersetzt und dann nach Moskau zur Genehmigung geschickt.<sup>98</sup>

Im Zusammenhang mit der Umbenennung von Straßen nach Stalin ergab sich in einem Fall auch ein diplomatisches Problem, als der Nationalausschuss von Pardubice (Pardubitz) die Wilsonova ulice (Wilson-Straße) in Stalinova (Stalin-Straße) umbenannte. Die amerikanische Botschaft ließ daraufhin im Mai 1947 im Außenministerium anfragen, ob diese Umbenennung tatsächlich stattgefunden habe, und falls dem so sei, ob es in Pardubice keine andere Straße oder keinen anderen Platz gebe, die den Namen des Generalissimus erhalten könnte.<sup>99</sup> Dem Wunsch der amerikanischen Botschaft nach Rückbenennung konnte nicht entsprochen werden, denn der Nationalausschuss von Pardubice hatte bereits kurz zuvor über die Umbenennung entschieden.

Am radikalsten ging die „rote“ Selbstverwaltung von Kladno vor, wo die örtliche Bildungskommission bereits am 9. April 1946 die Umbenennung aller Straßen der Stadt beantragt hatte.<sup>100</sup> Die nahezu komplette Umbenennung trat schließlich am

<sup>96</sup> *Ebenda.*

<sup>97</sup> Im Dezember 1947 lehnte Edvard Beneš auch die Umbenennung der Alois-Rašín-Straße in Edvard-Beneš-Straße in der im Bezirk Náchod (Nachod) gelegenen Stadt Červený Kostelec (Roth-Kosteletz) ab. Unter allen Umbenennungen nach Beneš und Stalin stellte der Antrag der Neusiedler aus Polubný (Bezirk Jablonec nad Nisou [Gablonz]) im Isergebirge (Jizerské hory) eine Ausnahme dar, wo die örtliche Selbstverwaltung einen Antrag auf Umbenennung einer Straße nach Marschall Tito stellte. Diesem Antrag wurde stattgegeben und der feierliche Akt der Umbenennung fand am 1. Juni 1947 statt. *Ebenda.*

<sup>98</sup> Den Antrag übersetzte Michail Zajcev, ein Mitarbeiter des Russischen historischen Archivs des Innenministeriums. NA, Fond Ministerstvo vnitra, MV-I, NR, Kart. 4977.

<sup>99</sup> *Ebenda.*

<sup>100</sup> *Ebenda.*

19. Januar 1947 in Kraft, nachdem die vollständige Änderungsliste zuvor auch dem Innenministerium vorgelegen hatte. Ihr zufolge wurde z.B. der Hauptplatz in Stalin-Platz umbenannt, während die Barrande-Straße (nach dem französischen Paläontologen Joachim Barrande) überraschenderweise bestehen blieb so wie auch die Straße Ke křížku (Zum kleinen Kreuz). Die Brněnská (Brünner Straße) wurde zur Lidice-Straße. Bei der Umbenennung der Straßen und Plätze wurde sowohl auf die Namen örtlicher Repräsentanten der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung als auch auf die von Repräsentanten der sowjetischen (Avantgarde-) Kultur wie Majakowski oder Gorki zurückgegriffen. Infolge dieser Änderungen verschwand aus dem öffentlichen Raum unter anderen auch der Name Karel Havlíček Borovskýs, aber auch der Ignatz Kilian Dienzenhofers – der erste musste weichen, weil sein Träger als bürgerlicher Politiker und Journalist galt, der zweite als „Deutscher“. Sein Name wurde durch den des Dichters Petr Bezruč ersetzt, der angeblich die „fortschrittliche“ Geschichte des Bergbaus und der Arbeiterbewegung symbolisierte.<sup>101</sup>

Die Namensänderungen wurden jedoch nicht überall begrüßt, auch weil sie Verwirrung stifteten. Stadtpläne veralteten rasch. Das nahm die Tageszeitung „Mladá fronta“ (Junge Front) vom 27. Juni 1948 zum Anlass für einen ironischen Kommentar.<sup>102</sup> In Prag, das „in letzter Zeit an Babylon“ erinnere, könne man seinen Weg nur noch per Kompass finden:

Die Umbenennung nimmt solche Ausmaße an, dass die Einheimischen die Orientierung verlieren. [...] Dagegen, dass die Straßen neue Namen nach ausgezeichneten Persönlichkeiten oder Orten bekommen, lässt sich im Grunde nichts einwenden. Schlimmer ist, dass die Umbenennung völlig ohne Grund stattfindet und unter Verwendung von Namen, die überhaupt nichts sagen. Man befürchtet, dass es, falls diese Aktion nicht aufhört, zu einer großen Nachfrage nach Kompassen und Sextanten kommt, denn eine Orientierung nach Stadtplänen ist unmöglich geworden.<sup>103</sup>

Der Autor des Artikels gab zwar etwas übertrieben, aber grundsätzlich zutreffend die Stimmung unter den Einwohnern Prags wieder, insbesondere nachdem auch die „lange“ Královská třída (Königsstraße) auf Vorschlag des (von den Kommunisten dominierten) Magistrats schon zwei Monate vor dem Februar-Umsturz in Sokolovská umbenannt worden war.

#### *Thesen zum Wandel der Straßennamen und Namen öffentlicher Gelände nach 1945*

Unmittelbar nach der Befreiung der Tschechoslowakei, überwiegend noch im Mai 1945, beschlossen die städtischen und lokalen Selbstverwaltungsorgane, zu den Straßen- und Geländennamen aus der Zeit vor der deutschen Okkupation zurückzukehren. Dadurch wurde eine dreifache Umbenennung rückgängig gemacht: Die erste ging auf den März 1939 zurück, als bereits am Tag nach dem deutschen Einmarsch tschechisch-national konnotierte Straßennamen entfernt worden waren. Dabei waren Namen wie der Edvard Beneš, Thomas Woodrow Wilsons und Ernest

<sup>101</sup> *Ebenda.*

<sup>102</sup> Po Praze jen s kompasem [Durch Prag nur noch mit Kompass]. In: Mladá fronta vom 27. Juni 1948.

<sup>103</sup> *Ebenda.*

Denis' aus dem öffentlichen Raum verschwunden, aber auch Straßen- und Platznamen, die an die Tschechoslowakischen Legionen erinnerten. Die zweite Umbenennungswelle hatte im Frühjahr 1940 eingesetzt, als die tschechischen Selbstverwaltungen mit der demokratischen Tradition der Ersten Tschechoslowakischen Republik verbundene Namen wie den Tomáš Garrigue Masaryks, Antonín Švehlas oder Vlastimil Tusars von den Platz- und Straßenschildern entfernen ließen. Als im Oktober 1940 ein großer Teil der tschechischen Selbstverwaltungsorgane aufgelöst und durch (deutsche) Kommissariate ersetzt wurde, erfolgte der Übergang zu deutschen Bezeichnungen von Straßen, Plätzen und öffentlichen Anlagen: So wurde etwa in Písek der Masaryk-Platz in Adolf-Hitler-Platz umbenannt. Nach der Befreiung kam es meist unter der Ägide der örtlichen Baureferate zu spontanen Umbenennungen öffentlicher Gelände in Böhmen, Mähren und Schlesien. Diese wurden nun nicht nur nach dem „Hauptsieger des Zweiten Weltkrieges“ – also Stalin –, sondern auch nach anderen Befehlshabern der Roten Armee benannt, die die betreffenden Städte befreit hatten. In manchen Fällen, wie in dem von Moravský Krumlov (Mährisch Kromau), war dem die Bombardierung durch die „Befreier“ vorausgegangen. Zudem kehrte nun T. G. Masaryk – und mit ihm das Erbe der Ersten Republik – in den öffentlichen Raum der tschechischen Städte zurück, gefolgt von neuen „kommunistischen Märtyrern“ des Zweiten Weltkriegs wie Julius Fučík oder Jan Šverma. In Prostějov (Proßnitz) wurde eine Straße nach dem damals populären Außenminister Jan Masaryk benannt, weil dieser dort einmal übernachtet hatte. Beinahe in jeder tschechischen, mährischen und schlesischen Stadt wurde eine nach dem von den Nationalsozialisten zerstörten Ort Lidice (Liditz) benannte Straße feierlich eröffnet.<sup>104</sup>

Nach dem kommunistischen Umsturz vom Februar 1948 und insbesondere im darauffolgenden Jahr wurden in den Gemeindevertretungen Rufe immer lauter, die Straßennamen dem „Geist der Zeit“ anzupassen.<sup>105</sup> In den folgenden Jahren wurden fast überall auch die in der Nachkriegszeit neu festgelegten Straßennamen revidiert. Zu einer weiteren Welle von Straßenumbenennungen kam es meistens auf Initiative der örtlichen Kulturreferate, der Gewerkschaften oder der Kommissionen der lokalen Nationalausschüsse, bei denen die Entscheidungen in der Regel einem einheitlichen Muster folgten: Für die Benennung kamen an erster Stelle Namen in Frage, die an die heroischen Kämpfe des tschechoslowakischen Heeres an der Seite der Roten Armee erinnerten (Jaselská, Dukelská, Sokolovská), an zweiter Stelle Namen,

<sup>104</sup> Schon während des Krieges hatte es eine Welle von Umbenennungen von Städten zu „Lidice“ in aller Welt gegeben. Dazu: Brandes, Detlef: Die Vertreibung und Zwangsausiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in westlichen Medien. In: Bohemia 49 (2009) H. 1, 19-36.

<sup>105</sup> Das Zitat, an das sich auch die Überschrift dieser Studie anlehnt, stammt aus dem Sitzungsprotokoll des Bezirksnationalausschusses Písek vom 16.11.1949. Hier heißt es im tschechischen Original: „[...] potřeba sladit jména ulic s požadavky doby“, weil eine ganze Reihe von Straßen „Namen tragen, die nicht im Einklang mit den Erfordernissen der Zeit stehen, die mit Blick auf die volksdemokratische Ausrichtung des Staates als ungeeignet bezeichnet werden können“. Vgl. <http://www.rosmus.cz/dokumenty/vyvoj-nazvoslovi-ulicni-site-prerova.pdf> (letzter Zugriff 20.09. 2012).

die an fortschrittliche und sozialistische Taten gemahnten (Fučíkova, Jilemnického),<sup>106</sup> Namensgeber konnten drittens den Sieg der russischen Arbeiterklasse über den Kapitalismus verkörpern (Stalinova, Leninova). Ab den fünfziger Jahren gesellten sich verstorbene und lebende Funktionäre der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) wie Jan Šverma und Klement Gottwald sowie Repräsentanten der „hussitischen revolutionären Bewegung“ zu dieser Liste hinzu.

Die Umbenennung von Straßen und öffentlichen Geländen fand im Zuge staatsrechtlicher, politischer und nationaler Umbrüche statt. Sie stellte eine konjunkturabhängige Praxis dar, die ab 1918 in mehreren Wellen verlief und darauf zielte, die Namen von historischen Akteuren zu entfernen, die unter den Vorzeichen einer „neuen Zeit“ als unpassend empfunden wurden. Anders als in demokratischen Gesellschaften, in denen zumindest seit den sechziger Jahren Straßennamen Anlass zu heftigen Auseinandersetzungen unter den Bürgern geben können,<sup>107</sup> ging diesem Prozess weder eine öffentliche Diskussion noch eine gründliche Analyse des aktuellen Standes der historischen Forschung voraus. Ausschlaggebend war primär der Aspekt der „politischen Zweckmäßigkeit“, die nach 1939 und 1945 einer strengen ideologischen Maßgabe zu folgen hatte. Dabei lässt sich ein starker Trend zur Benennung von Straßen und Geländen nach den aktuellen Machthabern feststellen<sup>108</sup> und somit das Bemühen, deren Vorstellungen von „historischer Kontinuität“, „historischer Gerechtigkeit“ oder „Fortschrittlichkeit lokaler Überlieferung“ im öffentlichen Raum festzuschreiben und ältere oder alternative Traditionslinien bzw. die Erinnerung an „ungeeignete Helden“ auszulöschen. Die Manipulation der lokalen Erinnerungskultur, die diese Politik zur Folge hatte, führte zu Verzerrungen im historischen Bewusstsein, die bis heute gerade bei den jüngeren Generationen fortwirken.

Als führende Partei hatte die KSČ die formaljuristische Grundlage für die symbolische Besetzung des öffentlichen Raums nach ihren Maßgaben geschaffen – die Staats- und Stadtverwaltungen agierten also legal –, doch heißt das nicht, dass ihr Handeln auch auf Zustimmung gestoßen wäre. Häufig fanden Umbenennungen ungeachtet stiller Proteste der Bürger statt, sofern diese von bevorstehenden Umbenennungen überhaupt erfuhren.<sup>109</sup> Und fast immer widersprachen sie der histori-

<sup>106</sup> Peter Jilemnický (1901-1949), sozialkritischer slowakischer Schriftsteller und Journalist, während des Zweiten Weltkrieges inhaftiert, nach dem Krieg Abgeordneter der Partei der Nationalen Sozialisten und tschechoslowakischer Presseattaché an der Moskauer Botschaft.

<sup>107</sup> Eine kritische Bilanz der Benennung von Straßen in der Bundesrepublik zieht: *Pöppinghege*, Rainer: Geschichte mit Füßen getreten. Straßennamen und Gedächtniskultur in Deutschland. Paderborn 2005.

<sup>108</sup> Diese Praxis widerspricht z.B. den in Großbritannien geltenden Gepflogenheiten, wo (von einer einzigen Ausnahme abgesehen) Straßen grundsätzlich nicht nach politischen Akteuren benannt werden.

<sup>109</sup> Um ein Beispiel zu geben: In der kleinen mittelböhmischen Stadt Hořovice (Hořowitz), wo ich das Gymnasium besucht habe, gab es in der sozialistischen Zeit die „Ulice sovětských tankistů“ (Straße der sowjetischen Panzerfahrer), die allerdings von niemandem so genannt wurde. Alle verwendeten und verstanden den alten Namen „Pražská“, also Prager Straße, den die Straße auch heute wieder trägt.

schen Tradition und lokalen Erinnerungskultur, dienten primär der Legitimierung politischer Macht bzw. konkreter politischer Ziele. In vielen Fällen ignorierten die Bürger Neubenennungen einfach, dann entfernte sich die offizielle amtliche Bezeichnung immer mehr von der tatsächlich gebrauchten Terminologie und die Benennungen verloren ihren ursprünglichen Sinn einer Orientierungshilfe. Diese Spaltung in der Wahrnehmung des öffentlichen Raumes besteht in der tschechischen Gesellschaft bis heute fort.<sup>110</sup>

Für die Tschechoslowakei lässt sich im 20. Jahrhundert von mehreren „Umbenennungskonjunkturen“ sprechen: nach dem „Umsturz“ von 1918 und der Verabschiedung des Gesetzes Nr. 266 vom April 1920, nach dem deutschen Einmarsch in die „Resttschechei“ im März 1939, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945, nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 und nach der „Samtenen Revolution“ im November 1989. Diese Wellen spiegeln auch die ideologischen Umbrüche bzw. den Wandel der offiziellen Erinnerungskultur wider: Nach 1918 wurden Namen entfernt, die mit der Habsburgerherrschaft assoziiert wurden; nach 1920 wurden Denkmäler abgebaut, die Repräsentanten der deutschen Kultur in den Grenzgebieten galten; in der Folge von 1939 „kehrten“ reichsdeutsche Helden ins Landesinnere „zurück“, während ihre tschechischen Gegenüber weichen mussten; nach 1945 wurden die deutschen Namen und Symbole insbesondere in den Grenzgebieten vollständig ausgelöscht; nach der kommunistischen Machtübernahme vom Februar 1948 mussten dann alle Benennungen aus dem öffentlichen Raum verschwinden, die mit dem böhmischen Adel und der Bourgeoisie identifiziert wurden. Mit dem politischen Umbruch vom November 1989 begann schließlich die nächste Revisionswelle, die zur Entfernung von Namen führte, die mit der kommunistischen Bewegung und dem kommunistischen Regime assoziiert wurden.

Doch auch wenn man in der Tschechischen Republik aus den bereits genannten Gründen inzwischen sehr zurückhaltend ist, was die Umbenennung von Straßen, Plätzen, Geländen und Gebäuden angeht, existiert bis heute eine Toponomastische Kommission. Sie ist am Amt für Landesvermessung und Kataster angesiedelt (Názvoslovná komise Českého úřadu zeměměřičského a katastrálního) und wurde 1971 von dem damals existierenden Amt für Geodäsie und Kartografie (Úřad geodetický a kartografický) gegründet. Ihr Sekretariat entstand aus dem einstigen volkseigenen Betrieb „Kartografia“, das heute eine Abteilung des Landesvermessungsamtes bildet. Die Kommission steht in der Tradition der Kommission für kartografische Toponomastik von 1946 und der 1951 geschaffenen Toponomastischen Kommission. Sie arbeitet mit mehreren Ministerien und einer Reihe von wissenschaftlichen Institutionen – an erster Stelle der Akademie der Wissenschaften – zusammen. Laut ihrem Statut vom 25. März 1997 besteht ihre Hauptaufgabe darin, zur Standardisierung der geografischen Bezeichnungen in der Tschechischen Republik beizutragen und Vorschläge für geografische Namen zu erarbeiten.<sup>111</sup>

<sup>110</sup> Dazu: *Ledvinka, Václav*: Die Namen von Prager öffentlichen Räumen als Spiegelung des Wandels der politischen Realität im 20. Jahrhundert. In: *Jaworski, Rudolf/Stachel, Peter* (Hgg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich. Wien 2007, 337-344.

<sup>111</sup> Ein kurzer Abriss der Geschichte und Aufgaben der Kommission findet sich unter: <http://>

### Fazit

Die Umgestaltung der Ortsnamen in den böhmischen Ländern stellte einen mehrstufigen Prozess dar, der mit dem Ende des Ersten Weltkrieges begann und dessen Endpunkte die „Tschechisierung“ nach der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Zweiten Weltkrieg und der kommunistische Umsturz vom Februar 1948 bildeten. Zwar ging es bei der Umgestaltung der topografischen Namen um einen fachlich differenzierten und legislativ dezentralisierten Prozess; dieser wird aber, da er im gleichen Zeithorizont und mit gleichem Ziel in allen Änderungsbereichen (Flurnamen, Gemeindefnamen sowie Straßennamen und Namen öffentlicher Gelände) vonstatten ging, bis heute auch von den Historikern als ein einheitliches Ereignis wahrgenommen. Den größten Anteil am toponomastischen Wandel von Orts- und Flurnamen in den böhmischen Ländern hatten „militärische“ und „wissenschaftliche“ Umbenennungen, die in den vierziger und fünfziger Jahren zunächst vom Militärinstitut für Kartografie bzw. der Ortsnamenkommission der Tschechischen Akademie für Wissenschaften und Künste und anschließend der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften vorbereitet und durchgeführt wurden. Die Umbenennung von Orten und Fluren gab insbesondere Archivaren, Historikern, Geografen, Hydrologen und Philologen Gelegenheit, ihre Nützlichkeit für den Staat unter Beweis zu stellen – und zwar unabhängig von der Frage, wer an der Macht war und welches politische System bestand. Auffällig ist die hohe personelle Kontinuität auf der Expertenebene. Fachlich überwacht wurde dieser Wandel der Toponomastik vor allem von tschechischen Archivaren und Sprachwissenschaftlern. An vielen Orten engagierten sich aber auch Laien in Kultur- oder Bildungskommissionen bei den jeweiligen Nationalausschüssen in diesem Prozess, ihre Tätigkeit war häufig politisch motiviert.

Im Unterschied zur Änderung von Orts- und Flurnamen war die Umbenennung der Straßen und öffentlichen Geländen nicht nur nationalistisch, sondern von ideologischen Konjunkturen motiviert. Die Bildung neuer tschechischer Ortsnamen kann in gewisser Hinsicht als Resultat eines großen schöpferischen Akts aufgefasst werden, der einerseits von dem Bemühen gekennzeichnet war, seriöse Arbeit zu leisten und bei Neubildungen lokale und regionale Traditionen zu berücksichtigen, bei dem andererseits aber auch intellektuelle und politische Willkür herrschten. Die scheinbar rein wissenschaftliche Toponomastik wurde insofern politisiert, als mit ihrer Hilfe die grundlegenden staatsrechtlichen Veränderungen in Mitteleuropa – also die Gebietsansprüche der Tschechen und Slowaken nach dem Zweiten Weltkrieg – legitimiert und festgeschrieben werden sollten. Aus der Sicht der „imagined territories“, d. h. einer durch Diskurse konstruierten Raumvorstellung, handelt es sich im tschechischen Fall um eine unerwartet schnelle Verwirklichung der Wünsche und Ansprüche, die im Reden über das tschechische nationale Territorium und seine Absicherung formuliert worden waren.<sup>112</sup> Während man ohne Zweifel

---

[www.cuzk.cz/Dokument.aspx?PRARESKOD=30&MENUID=10680&AKCE=DOC:30-ZU\\_GEONAMES\\_JMENA\\_2](http://www.cuzk.cz/Dokument.aspx?PRARESKOD=30&MENUID=10680&AKCE=DOC:30-ZU_GEONAMES_JMENA_2) (letzter Zugriff 20.09.2012).

<sup>112</sup> Vgl. Haslinger, Peter: Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1880-1938. München 2010 (VCC 117), 30, 447.

konstatieren kann, dass die Um- und Neubenennungen zur Stabilisierung der nach 1945 geschaffenen Ordnung beitrugen, führte die Beseitigung von deutschen Orts- und Flurnamen doch zu einer beträchtlichen Einschränkung der gewachsenen historischen Vielfalt. Damit einher ging der Verlust des historischen Gedächtnisses, das an die Erinnerungskultur der deutschen Bevölkerung gebunden war, die dieses Gebiet über Jahrhunderte bewohnt hatte. Die tschechische Bevölkerung erfüllte dieser Wandel in der Nachkriegszeit mit Genugtuung. Er wird bis heute als notwendig, gerecht und dauerhaft betrachtet.<sup>113</sup>

Aus dem Tschechischen von Ines Koeltzsch und Miloslav Szabó

---

<sup>113</sup> Erst allmählich sind Ansätze einer Veränderung zu beobachten: So ist es das Ziel der 1998 gegründeten unabhängigen Initiative „Antikomplex“, ein Bewusstsein für die deutsche Vergangenheit und die Veränderungen von Orten und Landschaften in den böhmischen Ländern seit dem Zweiten Weltkrieg zu schaffen. Informationen dazu unter: <http://www.antikomplex.cz/>. Vgl. auch das letzte Buch von *Spurný*, Matěj: Nejsou jako my. Česká společnost a menšiny v pohraničí (1945-1960) [Sie sind nicht wie wir. Die tschechische Gesellschaft und die Minderheiten im Grenzland (1945-1960)]. Praha 2011.